

trendletter

Now!

Umfrage-Link:
link.prognos.com/Leserumfrage



Vielen Dank für Ihre Teilnahme!
Ihre trendletter-Redaktion

Impressum

– **Herausgeber:**

Prognos AG
Unternehmenskommunikation
St. Alban-Vorstadt 24
4052 Basel | Schweiz

Telefon: +41 61 32 73-310
Fax: +41 61 32 73-300
E-Mail: info@prognos.com
prognos.com
twitter.com/prognos_ag

– **Hinweise:**

Auszug/Nachdruck bei Nennung
der Quelle gestattet.
prognos.com/trendletter

– **Redaktionsleitung:**

Felizitas Janzen, Julia Thurau

– **Redaktionsteam:**

Dr. Olaf Arndt, Dr. Michael Böhmer, Christian Böllhoff,
Dr. Oliver Ehrentraut, Jens Hobohm, Dr. Jan-Philipp
Kramer

Kontakt: trendletter@prognos.com

– **Mitarbeit:**

Roman Bartuli, Matthias Canzler, Dr. Jonathan Eberle,
Lukas Eiserbeck, Maike Fließbach-Schendzielorz,
Andreas Heimer, Dr. Jochen Hoffmeister, Dr. David
Juncke, Amélie Kloas, Jan Limbers, Jakob Maetzel,
Kathrin Rakowicz, Jan Reichert, Myrna Sandhövel,
Dr. Axel Seidel, Dr. Thomas Stehnen, Laura Sulzer,
Dr. Jan Trenczek, Janko Vollmer, Bernhard Wankmüller,
Johann Weiß, Antonia Wentrot

– **Konzept, Produktion & Illustrationen:**

STÜRMER & DRÄNGER – Visuelle Kommunikation

– **Bildnachweise:**

Fotos: FOTOS Koroll (1, 2, 5, 11–13, 17–21, 23–26), BONNINSTUDIO/stocksy (2),
sam.7/photocase.de (10), Adobe Stock/bluedesign (11) Adobe Stock/Nicolette
Wollentin (12), Marc Tran/ stocksy (13, 14), Jen Grantham/stocksy (16), Jochen
Tack/Alamy Stock Foto (17), Privat (17, 25), anela/istockphoto (18), Adobe Stock/
jat306 (20), MIRROR IMAGE STUDIO/istockphoto (22), AndreyPopov/istockphoto
(24), Europäische Union 2021 (25)
Illustration: -strizh-/istockphoto (4), STÜRMER & DRÄNGER/Karina Rehrbehn(6–9)

– **Druck & Vertrieb:**

Oeding-Print

– **Auflage:**

Print: 7.700, digital: 12.000



Nicht weil es schwer ist, ...



... wagen wir es nicht, sondern weil wir es nicht wagen, ist es schwer, soll Seneca der Jüngere gesagt haben. Und wer kennt das nicht: Schwierige und unbequeme Aufgaben schieben wir gern mal vor uns her, nur um dann festzustellen, dass sie später noch schwieriger und unbequemer geworden sind. Im Privaten mag das verzeihlich sein. Fehlt die anpackende Haltung allerdings in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft kann das gravierende Folgen haben. Die Crux: Die Schwere der Aufgaben bekommen dann nicht die zu spüren, denen der Mumm fehlte, sondern ihre Kinder und Kindeskinde.

Es ist klar: Deutschland darf sich nicht hinter der vermeintlichen Schwere der Herausforderungen verstecken. Stattdessen sollten uns die großen und spannenden Zukunftsaufgaben motivieren. Die Beispiele liegen auf der Hand: Deutschland kann klimaschonender wirtschaften, denn technisch ist längst so viel möglich. So können wir etwa die Möglichkeiten der Circular Economy ganzheitlicher nutzen. Bei der Digitalisierung sollten wir endlose Debatten deutlich verkürzen, indem wir den Fokus auf die Chancen und das Umsetzungstempo legen. Außerdem bringt es nichts, fehlende Fachkräfte in Zukunftsfeldern wie Pflege oder Erziehung zu bejammern. Stattdessen müssen wir diese Berufe einfach attraktiver machen. Kurz: Die Zukunft unserer Kinder muss im Fokus aller Investitionen stehen – bei der Bildung, aber eben nicht nur da.

Deutschland und Europa haben das Zeug dazu, all das mit voller Kraft anzugehen. Wie es geht, wissen wir doch längst. Die Konzepte liegen bereit. Wir müssen es nur machen. Die neue Bundesregierung muss dafür allerdings auf Weitblick umschalten und sich endlich wieder trauen, auch ambitionierte Ziele zu setzen. Denn was heute entschieden wird, wirkt sich vor allem auf das Leben der jungen Generation aus.

Als Leserin oder Leser des *trendletters* sind Sie es gewohnt, dass wir prominente Stimmen zu Wort kommen lassen – von Rita Süßmuth

über Jean-Claude Trichet bis Jane Goodall. Diesmal aber haben wir Mia (9), Henrike (17) und Boris (16) gefragt. Was sie eint? Unter anderem das: Sie haben sich beschämend dankbar gezeigt für etwas, das doch selbstverständlich sein sollte: gehört zu werden. Ich wünsche uns allen, dass auch die neue Regierung den Mut findet, hinzuhören, wenn junge Leute wie Mia, Henrike und Boris sprechen. Sie haben nicht nur eine eigene Meinung. Sie sind auch bereit, sich zu engagieren, unsere Welt lebenswerter zu machen. Die Politik hat nach der Wahl die Chance, mit und für die nachfolgenden Generationen zu entscheiden. Entscheidungen, die fast immer mit den großen Entwicklungen zu tun haben: Digitalisierung, Demografie, Klimaschutz, Globalisierung. Realitäten, denen wir uns bei Prognos schon lange und auch in diesem *trendletter* mit konkreten Vorschlägen für die neue Legislatur stellen.

Mit jedem Schritt, den wir nicht gehen, wird der nächste umso schwerer. Haben wir das nötig? Ich glaube nicht. Wir müssen Verantwortung zeigen und mutig vorangehen für eine enkelgerechte Zukunft. Der Generationenvertrag wird nur funktionieren, wenn er in beide Richtungen gilt – Alt und Jung.

Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre und freue mich, von Ihnen zu hören.

Herzlich, Ihr

Christian Böllhoff
christian.boellhoff@prognos.com



Eine gute Idee

Auch selbstständig gut abgesichert

Viele Selbstständige sind auf zusätzliche Einkommen aus Nebenjobs angewiesen. In kaum einer anderen Branche wird das so deutlich wie in der Kultur- und Kreativwirtschaft. Schwankende Auftragslagen und geringe Vergütungen zwingen viele Menschen aber auch in anderen Branchen zu pluralen Erwerbsformen. Das Sozialsystem muss sich der Realität dieser neuen Arbeitsformen anpassen.

Das heißt konkret: Die freiwillige Arbeitslosenversicherung muss erstens allen Selbstständigen zugänglich sein – und nicht nur denen, die zuvor bereits als abhängig Beschäftigte oder Empfängerinnen beziehungsweise Empfänger von Entgeltersatzleistungen Beiträge in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben. Zweitens sollte die freiwillige Arbeitslosenversicherung auch dann kurzfristig und zeitlich befristet greifen, wenn saisonale oder unerwartete Schwankungen der Auftragslage zu starken Umsatzeinbußen führen. Und drittens sollte bei der Beitragsbemessung nicht ein Mindesteinkommen vorausgesetzt werden, sondern das tatsächlich erwirtschaftete Einkommen. _



← **Roman Bartuli, Berlin**
roman.bartuli@prognos.com

Gerade nach der Pandemie braucht es einen sozialpolitischen Rahmen, damit Wirtschaft und Gesellschaft von innovativen und kreativen Ideen profitieren können. Als Prognos-Berater setzt sich Roman Bartuli intensiv mit den Potenzialen der Kultur- und Kreativwirtschaft auseinander und untersucht ihre strategische Bedeutung für die Umsetzung ganzheitlicher Transformationsprozesse.

INHALT

Eine gute Idee
Auch selbstständig gut abgesichert. 2

Lesen, Schreiben, Literacy
Zur Lösung zentraler Zukunfts-
fragen brauchen Bürgerinnen und
Bürger entsprechende Fähigkeiten. 4

Bockig und unwichtig
Mia, Henrike und Boris. Zwei Jugendliche,
eine Neunjährige im Gespräch mit
dem *trendletter*. 6

Vergesst den Freihandel nicht!
Chancen für die deutsche Wirtschaft. 10

Eine gute Idee
Wohnraum schaffen,
Donut-Effekt vermeiden. 12

**Vorsorgen wie die
schwäbische Hausfrau**
Schulden machen, muss erlaubt sein. 13

Ausgerechnet
Wachsende Kluft: Stadt-Land 14

Passend anpassen
Resilienz und Klimaanpassung als
planerisches Leitmotiv 16

Freund, Helfer, Vorbild
Öffentliche und gewerbliche
Flotten als Wegbereiter für
Elektromobilität. 18

Werkstattbericht
Nachhaltigkeits-Screening-Tool
unterstützt Unternehmen. 19

Gegen die Weltüberlastung
Recycling ist der Schlüssel zu mehr
Klima- und Ressourcenschutz. 20

**Die Klimapolitik muss zur Stern-
stunde der Ökonomie werden**
Klimapolitik ökonomisch sehen. 21

**Digitalisierungsministerium:
Ja, nein, vielleicht**
Wie das Querschnittsthema
Digitalisierung organisiert und
gestaltet werden sollte. 22

Eine gute Idee
Ältere unterstützen – Jungen
Chancen eröffnen 24

Programmatisch: NextGenerationEU
Gestärkt aus der Pandemie
hervorgehen. 25

Standpunkt
Neustart für die Familienpolitik 26

Blick in die Projekte 27



Nur **45 %** der Schülerinnen und Schüler können Fakten von Meinungen unterscheiden.¹

Länderübergreifend mangelt es vielen Menschen an basaler Financial Literacy.²

55 % bis 60 % der Erwachsenen schätzen ihre Gesundheitskompetenz als unzureichend ein.³

Lesen, Schreiben, Literacy

Ob Klimakrise oder Pandemie: Die Wissenschaft zeigt auf, was getan werden muss, um unsere Zukunft zum Positiven zu wenden. Von der Politik verlangen notwendige Reformprozesse den Mut, auch unpopuläre Wahrheiten auszusprechen und Maßnahmen konsequent anzugehen. Es sind aber auch die Bürgerinnen und Bürger aufgefordert, durch ihre individuellen Entscheidungen zur Lösung zentraler Zukunftsfragen beizutragen. Hierfür benötigen sie die richtigen Informationen und die Fähigkeit, diese zu verstehen, zu bewerten und anzuwenden. Damit sprechen wir über Literacy!

Literacy meint im engeren Sinne, lesen und schreiben zu können. Im weiteren Sinne geht es um das Finden, Verstehen, Bewerten und Nutzen von Informationen in Entscheidungssituationen. Literacy beinhaltet damit die Fähigkeit zum kritisch reflektierenden Umgang mit Informationen und Quellen und mündet in konkrete Handlungskompetenz. So verstanden ist sie in zahlreichen Lebensbereichen gefragt:

- Was bringt es, „klimaneutrale Produkte“ zu kaufen? → **Ecoliteracy** schärft das Verständnis für einen nachhaltigen Lebensstil.
- Woran erkenne ich Fake News und was sind Fakten, was ist Meinung? → Die kritische Bewertung von Informationen in den (digitalen) Medien erfordert **Media Literacy**.
- Wie schütze ich meine Daten im Internet? → **Digital Literacy** ist die Grundlage für einen bewussten Umgang mit der eigenen digitalen Identität.
- Ist die Mieterhöhung rechtmäßig und wie kann ich mich ggf. dagegen wehren? → Für die Durchsetzung der eigenen Rechte ist **Legal Literacy** notwendig.

- Soll ich mein Kind gegen Corona impfen lassen oder überwiegen Impfrisiken? → Für gesundheitsbezogene Entscheidungen ist **Health Literacy** gefragt.
- Wie kann ich fürs Alter vorsorgen? → Mit Blick auf eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge ist **Financial Literacy** unumgänglich.

Diese Aufzählung ließe sich fortsetzen. Empirische Studien zeigen, wie es um die Literacy der Bevölkerung in verschiedenen Lebensbereichen bestellt ist und welche Herausforderungen bestehen.

Literacy lebenslagen- und zielgruppenorientiert stärken

Auffällig ist, dass insbesondere Menschen mit geringen Deutschkenntnissen, niedrigem Bildungsstand, chronischen Beeinträchtigungen oder Ältere häufig ein geringes Orientierungswissen und einen schlechten Zugang zu Informationen, Beratungs- und Versorgungsstrukturen haben. Kumulierte Verhaltens- und Verhältnisdefizite führen dann zu ungedeckten Bedarfen (unmet needs) zum Beispiel bei der Gesundheitsversorgung oder der finanziellen Vorsorge, mit

¹ OECD 2021: 21st-Century Readers; ² OECD/INFE 2020 International Survey of Adult Financial Literacy
³ WildO-monitor 2014;11(2):1–12, Schaeffer, D. et al.: Gesundheitskompetenz der Bevölkerung in Deutschland: Ergebnisbericht, Bielefeld 2016; Jordan, S./Horch, K.: Sachbericht. Robert Koch Institut, Berlin 2019;

entsprechend negativen Auswirkungen: Soziale Ungleichheit, Über-, Unter- oder Fehlversorgung oder auch klimaschädliches Verhalten nehmen zu und es entstehen soziale Folgekosten. Hoher Informationsbedarf besteht zudem in Übergangsphasen, also zum Beispiel beim Einstieg ins Arbeitsleben, bei der Familiengründung oder nach einer Scheidung, denn hier sind weitreichende Entscheidungen für die individuelle Zukunft zu treffen. Deshalb ist es wichtig, Literacy von Anfang an in Schulen, aber auch in der Breite sowie zielgruppen- und lebenslagenspezifisch zu fördern. Bestehende Ansätze sollten ausgebaut, ergänzt und sinnvoll verknüpft werden. Nachfolgend einige (außerschulische) Beispiele:

- Die Unabhängige Patientenberatung Deutschland (www.patientenberatung.de) und die Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung (www.teilhabeberatung.de) sollen die Literacy der Ratsuchenden und damit die Nutzerorientierung in der Gesundheitsversorgung und Eingliederungshilfe stärken. Kommunale Strukturen zur Gesundheitsförderung und Prävention werden außerdem im Rahmen des GKV-Bündnisses für Gesundheit (www.gkv-buendnis.de) aufgebaut. Prognos untersucht den Nutzen dieser Angebote.
- Im Programm „Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung“ (www.buendnisse-fuer-bildung.de) des Bundesministeriums für Bildung und Forschung stehen bildungsbenachteiligte Kinder und Jugendliche im Fokus. Viele der geförderten Projekte stärken die Media und Digital Literacy der Teilnehmerinnen und Teilnehmer.
- Bildungsangebote der Verbraucherzentralen, Volkshochschulen sowie weiterer öffentlicher und privater Träger nehmen die Stärkung vielfältiger Kompetenzen, unter anderem die Financial und Ecological Literacy von jungen Menschen, in den Blick.

Es gibt aber auch reichlich Forschungsbedarf: Welche unmet legal needs haben zum Beispiel Bürgerinnen und Bürger im Rechtssystem? Wie können Gruppen mit geringer Literacy erreicht werden? Was motiviert Menschen zu klimafreundlichen Entscheidungen?

Literacy und die großen Zukunftsfragen

In Bezug auf individuelle Alltagsfragen, aber auch für das Verständnis tiefgreifender gesellschaftlicher Veränderungsprozesse, wie wir sie gegenwärtig durchlaufen, bietet der Literacy-Ansatz eine interessante Perspektive: Um verantwortungsbewusste, zukunftsrelevante Entscheidungen zu treffen, ist **Futures Literacy** unabdingbar. Sie stärkt

das individuelle Bewusstsein für alternative Zukünfte und befähigt zum Umgang mit der immanenten Unsicherheit. Daraus entstehen Veränderungsbereitschaft und Handlungsspielräume sowohl für Verbesserungen der eigenen Lebenssituation als auch für die heutige Gesellschaft und zukünftige Generationen.

„Futures literacy [...] is the skill that allows people to better understand the role of the future in what they see and do. Being futures literate empowers the imagination, enhances our ability to prepare, recover and invent as changes occur.“

UNESCO <https://en.unesco.org/futuresliteracy/about>

Auftrag an die Politik

Die Übertragung des Literacy-Konzeptes auf gesellschaftliche Veränderungsprozesse macht zweierlei deutlich:

- Nur wenn die Menschen Veränderungsbedarfe und politische Maßnahmen nachvollziehen und mit ihrer Lebenssituation in Verbindung bringen können, sind sie in der Lage, ihr Handeln danach auszurichten. Daraus folgt: Um Veränderungsbereitschaft zu wecken, sollten Reformen die individuellen Entscheidungen der Bürgerinnen und Bürger mitdenken und deren Handlungskompetenz stärken. Dazu braucht es Transparenz, Informationen und Kompetenzen, also Literacy.
- Die Etablierung bzw. Stärkung entsprechender Angebote und Strukturen gehört somit ganz oben auf die Agenda der zukünftigen Regierungsparteien. Denn die Förderung von individueller Literacy befähigt die Menschen, im raschen Wandel den Überblick zu behalten, sodass sie Veränderungen aktiv gestalten und zur Lösung der großen Zukunftsfragen beitragen können. Damit macht sie die Gesellschaft als Ganzes zukunftsorientierter. _

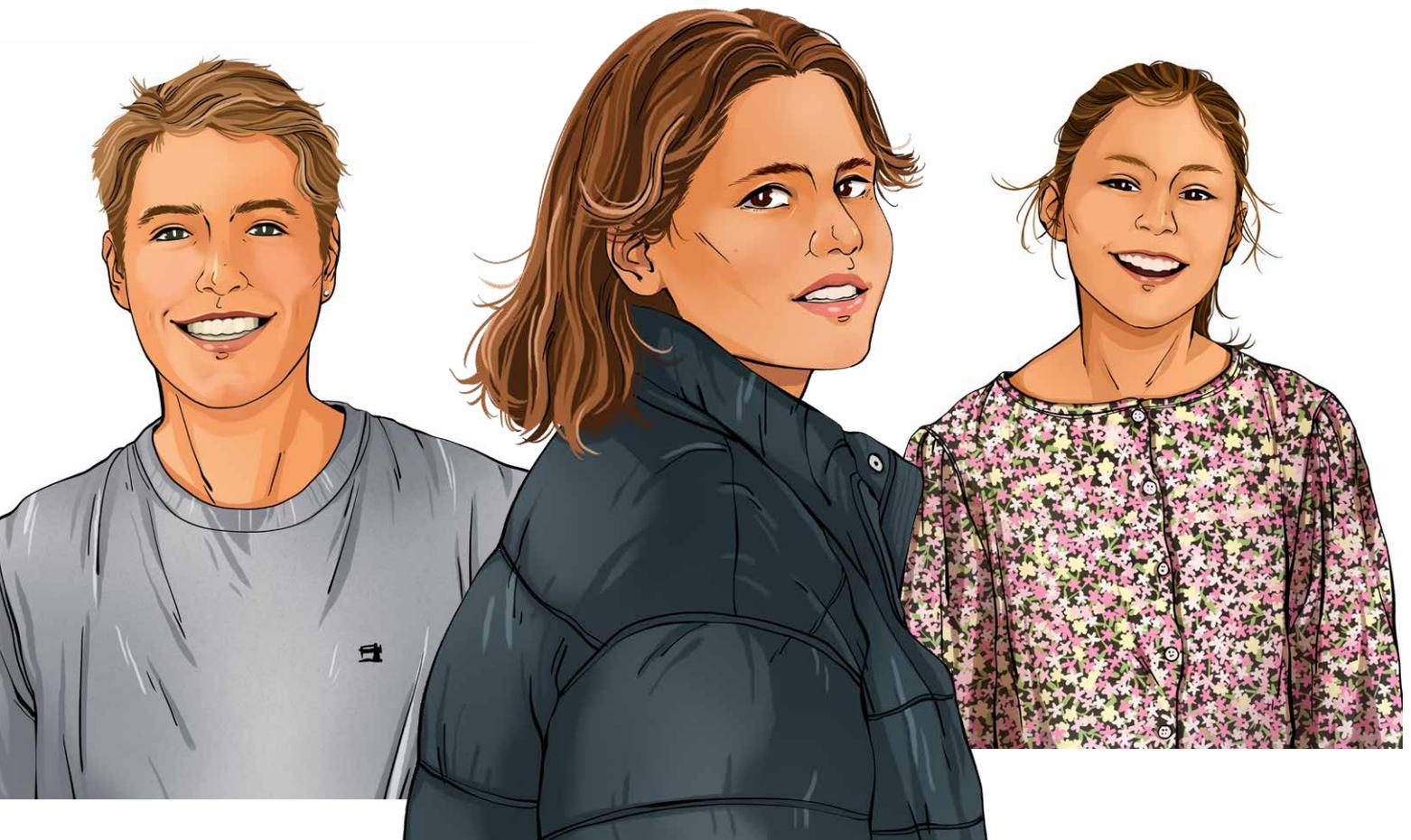


← Janko Vollmer, Berlin
janko.vollmer@prognos.com

Janko Vollmer befasst sich mit Fragen der gesundheitlichen Versorgung und Prävention. Dabei wirft er gerne einen Blick in angrenzende Themenfelder, um neue Perspektiven zu gewinnen. Ausgangspunkt dieses Beitrags waren zum Beispiel Untersuchungen zur Health Literacy, die er mit Co-Autor Andreas Heimer auf andere Lebens- bzw. Politikbereiche übertragen hat.

Bockig und unwichtig

Mia, Henrike und Boris. Zwei Jugendliche, eine Neunjährige. Meinungsstark, selbstkritisch, interessiert und eines ganz gewiss nicht: bockig und unwichtig. Trotzdem bekommen sie genau das vermittelt. Wir haben sie gefragt, was sie sich für Deutschland wünschen und was sie anders machen würden, wenn sie könnten. Bockig und unwichtig klingt anders.



Boris, 16 aus Kirchzarten

... es reicht einfach nicht.

Was meinst du damit, Boris? Na, was die Politik für das Klima macht. Es ist schlimm, was gerade überall um uns herum passiert, die Flutkatastrophen, die Brände. Das ist einfach schrecklich. Aber es wird trotzdem nicht gehandelt. Ich habe oft das Gefühl, dass die Leute einfach nur darüber reden, aber es handelt einfach niemand.

Wer sollte denn handeln? Wir alle. Fridays for Future war schon mal richtig gut. Aber eigentlich hat auch da niemand reagiert. Und ich muss zugeben, dass es auch viele Jugendliche gibt, die das ausgenutzt haben und bloß einen schulfreien Tag haben wollten. Wenn du etwas errei-

chen willst, dann musst du respektvoll sein und die Sache ernst nehmen. Das gilt auch für uns. Aber letztlich entscheiden die Politiker. Die aber sind einfach nicht betroffen genug. Ich glaube, sie würden viele Fragen – nicht nur zum Klima – anders beantworten, wenn sie Jüngere stärker beteiligen oder zumindest berücksichtigen würden.

Würdest du denn gerne schon wählen gehen? Definitiv. Wenn wir schon mit 16 wählen dürften, dann würden wir mehr gesehen werden. Ich könnte dann meine Meinung besser zeigen. Aber vor allem wäre ich ein Wähler, also jemand, um den sich die Politikerinnen und Politiker bemühen müssten. Ich weiß, was mir wichtig ist, und würde sicherlich zukunftsorientierter wählen als viele Erwachsene. Die wählen doch meist das, was sie immer schon gewählt haben. Ich würde mich sicherlich mehr mit den Inhalten befassen und ganz genau hinschauen, wen ich wähle.

Was könnte denn deiner Meinung nach in deiner unmittelbaren Umgebung besser laufen? Der öffentliche Nahverkehr sollte viel besser ausgebaut werden, auch nachts. Und bessere Radwege wären auch wichtig. Beides würde zum Schutz des Klimas beitragen. Auch die Mieten sind bei uns unverhältnismäßig hoch. Was mich aber ganz unmittelbar betrifft, ist die Schule. Da müsste die Politik dringend etwas tun. Wir sitzen zum Beispiel ganz regulär mit 36 Schülerinnen und Schülern in einem Raum, der für 20 ausgelegt ist. In der Schule gibt es kaum WLAN. Wenn ich für eine Hausarbeit mal etwas nachsehen muss, muss ich in die Schulbibliothek gehen und da stehen Bücher aus den 1970er-Jahren. Computer? Ja, die gibt es auch: sechs für mehr als 400 Schülerinnen und Schüler. Während des Lockdowns hatte ich mir mal einen Laptop ausgeliehen, aber der war wirklich ein Wrack und ich habe ihn schnell zurückgegeben (lacht). Ich weiß, dass das nicht nur an meiner Schule so ist. Es gibt viele solche Geschichten. Das macht es erst richtig schlimm.

Du interessierst dich sehr für Politik und das Weltgeschehen. Wenn du die Nachrichten verfolgst, gibt es etwas, das dich besonders ärgert oder aufregt? Da gibt es leider sehr viel. Vor allem ärgert mich die Ignoranz vieler Leute. Da wären wir auch wieder beim Thema Klima. Es gibt so viele Katastrophen und so viele Leute, die dann sagen: „Ach, das wird schon wieder“. Noch viel schlimmer aber finde

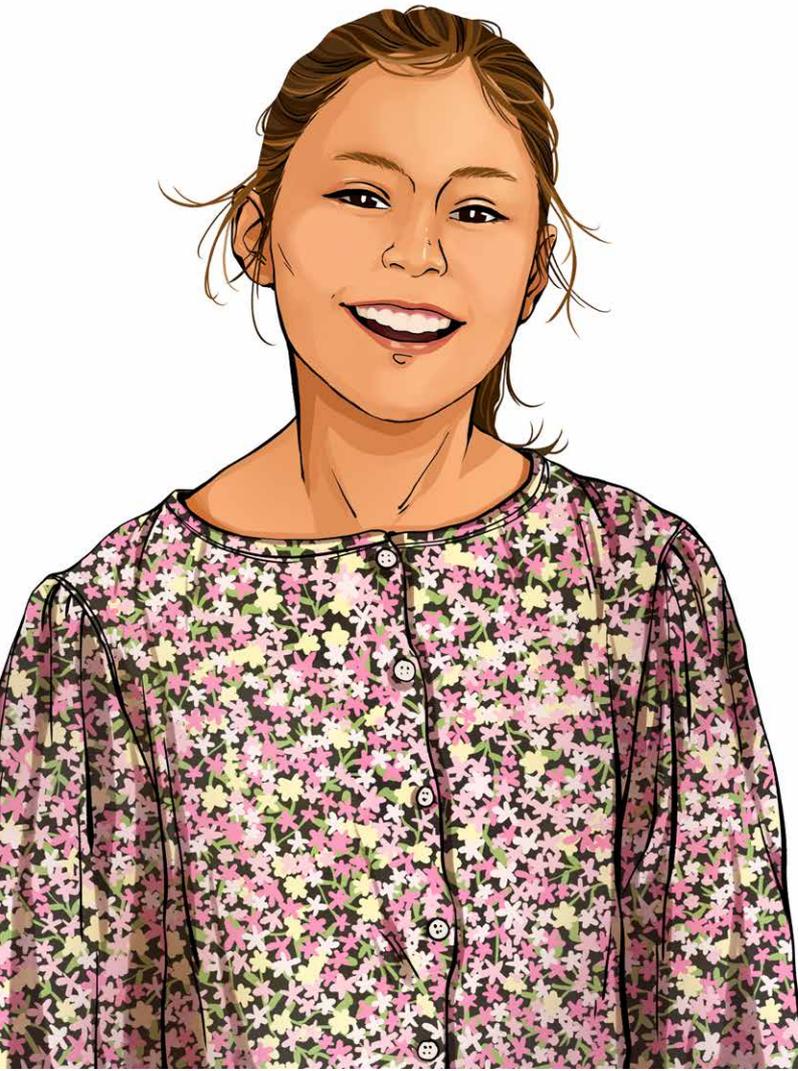
ich diese komplette Kriegsbereitschaft. Ich verstehe nicht, dass sich die Menschen nicht vertrauen können, nicht kooperieren, sondern sich so feindlich gegenüberstehen. Das ist doch nicht mehr zeitgemäß.

Und in Deutschland? Deutschland, aber auch viele andere Länder sind sehr kapitalistisch ausgerichtet, alles zielt darauf ab, dass man Karriere macht. Meine Familie kommt aus Belgien und wir sind in den Ferien oft dort. Ich finde es toll, dass dort jedes Kind für wenig Geld ein Musikinstrument erlernen kann. In Deutschland ist das ein Privileg. Ich könnte mir vorstellen, dass die Idee des Grundeinkommens das abmildern könnte. Dann hätten alle die gleiche Basis, auf der sie aufbauen könnten. Ich weiß, viele arbeiten hart für ihr Geld. Aber es ist oft so unverhältnismäßig. Warum verdient ein Fußballer für ein Spiel viele Tausend Euro und eine Putzkraft für einen ganzen Tag Arbeit nur den Mindestlohn? Ich finde, das darf nicht sein. Kein Beruf ist wertiger als ein anderer. Jede Arbeit sollte gleichermaßen wertgeschätzt werden. _

„ Wenn wir schon mit 16 wählen dürften, dann würden wir mehr gesehen werden.“

Boris lebt mit seinen Eltern und drei Geschwistern in Kirchzarten im Breisgau. Was in der Welt um ihn herum passiert, erfährt er aus dem Spiegel und Apps der Tagesschau und der Badischen Zeitung. Es nervt ihn sehr, dass Politik und Medien vieles dramatisieren und Sichtweisen verzerren. Oft gehe es nur um die tolle Schlagzeile. Die wirklich relevanten Informationen, sagt er, bekomme man doch nur noch, wenn man danach sucht. Oft recherchiert und liest er zusammen mit seinem großen Bruder. Dann sitzen die beiden manchmal stundenlang im Zimmer und diskutieren.





Mia, 9 aus Düsseldorf

Mia, du lebst in Düsseldorf. Stell dir vor, du wärst Bürgermeisterin, was würdest du in deiner Stadt verändern? Auf jeden Fall dürfte niemand wegen seiner Hautfarbe benachteiligt werden. Es sind doch alle Menschen gleich und keiner ist besser oder schlechter als der andere. Ich habe eine Freundin, der haben sie schon mal Schimpfwörter hinterhergerufen. Das war an der Schule. Die Lehrerin hat das aber mitbekommen und der Junge, der das gesagt hat, musste sich dann entschuldigen.

Und ich würde dafür sorgen, dass die Menschen ihren Müll nicht überall hinwerfen. Im Rhein gibt es ganz viel Müll, vor allem Plastik und das ist nicht gut für die Umwelt. Ich hatte mit einer Freundin mal Mülldienst in meiner Klasse. Da mussten wir aufpassen, dass niemand Plastik in den Restmüll wirft, denn das kann man ja wiederverwerten. Einige haben nicht darauf geachtet und die mussten dann ihr Plastik aus dem Müllberg herausfischen. Ich finde, das sollten die Erwachsenen auch machen müssen – es ist ja auch ihre Umwelt. Aber ich weiß nicht so recht, wie man sie dazu bringen kann.

Du wolltest in diesem Jahr auch an den Düsseldorfer Umwelttagen teilnehmen. Ist Umweltschutz wichtig für dich? Ja, leider war ich etwas zu spät, man hätte sich anmelden müssen. Aber eigentlich sollten da die mitmachen, die zum Beispiel das Plastik einfach wegwerfen. Sie sollten den Müll wieder einsammeln müssen. Es wäre ja ungerecht, wenn jemand anderes das machen müsste.

Mia aus Düsseldorf schaut jeden Abend die Kinder-Nachrichtensendung „Logo“. Besonders spannend findet sie es zu erfahren, wie Menschen in anderen Ländern leben, was sie bewegt und wie sie mit den Folgen des Klimawandels zurechtkommen. Während des Lockdowns war sie manchmal traurig, weil sie ihre Freundinnen nicht treffen konnte. Und es hat sie geärgert, dass so viele Menschen im Internet gekauft haben und es immer noch tun, denn wenn das alle täten, dann, so sagt sie, gäbe es bald keine kleinen Läden mehr und die Menschen würden ihre Arbeit verlieren.

Ich würde gerne mehr für die Umwelt tun. Wenn ich Bürgermeisterin wäre, würde ich auch ganz viele Grünflächen schaffen und Rettungstationen für Tiere, die gequält wurden.

Was ist dir noch wichtig? Jeder sollte so wohnen können, wie er das möchte, und alle sollten genug zu essen haben. Ich würde auch viele Spielplätze für Kinder bauen und alle Kinder sollten genug Geld für Spielzeug haben. Überhaupt sollte jeder Mensch in Deutschland die gleiche Menge an Geld haben. Dann wäre niemand benachteiligt. Das ist wichtig.

„ Es wäre besser, miteinander zu reden, als sich zu bekriegen.“

Warst du schon einmal in einem anderen Land? Ich war schon mal in Dänemark und in Italien. Und in Vietnam. Da kommt meine Mama her und ich habe da zwei Tanten und viele Cousinen und Cousins. Es ist schön, dass ich in meiner Familie Menschen aus einem anderen Land habe. Ich finde, alle Menschen sollten viele Sprachen sprechen. Dann könnten sich die Menschen auch besser verstehen und es gäbe nicht so viel Streit. In manchen Ländern gibt es Krieg und es interessiert mich, warum der entstanden ist. Mich ärgert, dass Menschen sich überhaupt bekriegen. Manchmal ist das nur, weil jemand etwas Schlimmes gemacht hat oder jemand die Macht über ein Land bekommen will. Es wäre besser, miteinander zu reden, als sich zu bekriegen. In der Schule sollen wir ja auch miteinander reden und weniger streiten. Meistens streiten wir dann aber trotzdem. Wahrscheinlich ist das bei den Erwachsenen auch so. Aber bei Kindern ist das normal. Erwachsene sollten sich da besser anstrengen, wir Kinder müssen das ja erst noch lernen. —

Henrike, 17 aus Berlin

Henrike, neulich auf dem Spieleabend mit deinen Freundinnen

– was war da los? Wir haben Monopoly gespielt. Da gab es die Situation: Meine Freundin und ich hatten superviel Geld, die anderen nicht. Da haben wir gemerkt, dass es wirklich so ist: Geld ist das Mittel für alles in unserer Gesellschaft. Die Reichen bekommen immer mehr Geld, ganz einfach, weil sie sich die Dinge, mit denen man Geld verdienen kann, leisten können. Gleichzeitig werden denen, die wenig haben, die Chancen, mehr zu bekommen, genommen. Das hat mich schon schockiert.

Dass die Schere zwischen Arm und Reich so leicht aufklappt? Ja,

aber auch der generelle Leistungsdruck. Es gibt in Deutschland ja im Grunde keine andere Option als Abitur und studieren – alles andere ist verpönt. Ich war heute in der Fahrschule und niemand will Fahrlehrer werden, alle wollen nur noch hoch hinaus, wollen Architektin oder Architekt, Wissenschaftlerin oder Wissenschaftler, Chirurg oder Chirurgin werden. In der heutigen Gesellschaft ist alles darauf angelegt, dass alle es irgendwie schaffen und dass alle es perfekt machen. Wenn du dann da rausfällst, dann fällst du richtig raus.

Welche Themen beschäftigen dich und deine Freunde am meisten?

Es gibt superviele Punkte, wo etwas verändert werden muss. Ich denke zum Beispiel oft über die Verkehrswende nach. Warum haben wir noch kein Tempolimit? Warum sind innerdeutsche Flüge noch erlaubt? Wir Jüngeren leben noch viele Jahre auf dieser Erde und uns ist es einfach wichtig, dass auch unsere Kinder noch hier leben können. Das Bewusstsein, dass wir nachhaltig auf dieser Erde leben können, das muss endlich geschaffen werden. Wir beschäftigen uns mit diesen Themen und verstehen nicht, dass andere das nicht tun, obwohl das alles doch schon so lange ein Thema ist.

„ Man muss auch die sehen, die leise sind.“

Wie könntet ihr euch Gehör verschaffen? Was viele sich wünschen, ist ein einfacher Kontakt zur Politik. Man kann sich informieren, aber dass man als ganz normale Schülerin mal eine Chance bekommt, mit Politikern zu sprechen und sich einzubringen, ohne gleich Aktivistin werden zu müssen, das kommt fast nicht vor. Uns fehlt das Recht zu wählen, aber andere Chancen mitzureden haben wir auch nicht. Ein Wahlrecht mit 16 würde ich mir sehr wünschen. Es würde mich sehr glücklich machen, wenn ich wählen dürfte.

Könnte die Schule euer Sprachrohr sein?

Eigentlich ja, aber nicht einmal eine U18-Wahl hat die Schule geschafft zu organisieren. Dabei wäre das doch wichtig, auch um die zu erreichen, die nicht so aktiv sind. Man müsste auch in viel mehr Fächern politische Bezüge herstellen. Stattdessen ist Geschichte Pflicht und Politik nur ein Wahlfach. Ich finde, es darf nicht sein, dass man sich mit der Vergangenheit mehr beschäftigt als mit der Gegenwart und Zukunft.

Auch der Deutschunterricht ist oft nicht zeitgemäß. Da geht es doch um Sprache, darum, diskutieren und argumentieren zu lernen. In der Schule geht das so: Jedem wird eine Meinung zugeteilt, für die sie oder er dann Argumente vorbringen soll. Ich frage mich dann immer: Warum werden wir nicht nach unserer eigenen Meinung gefragt? Warum diskutieren wir nicht wirklich, sondern spielen eine Diskussion? Viele haben doch eine eigene Meinung und wer sie noch nicht hat, lernt sie doch in einer echten Diskussion viel besser als in einem Rollenspiel.

Was möchtest du denn nach der Schule machen?

Ich möchte auf Lehramt studieren. Aber ich hoffe sehr, dass sich bis dahin im ganzen Schulwesen noch sehr viel ändert. Es ist deprimierend zu sehen, dass es in der Schule einfach nicht vorgesehen ist, dass wir als Schülerinnen und Schüler etwas verändern. Das habe ich auch während des Lockdowns gemerkt. Es wurde alles immer über unsere Köpfe hinweg entschieden. Niemand hat gefragt, wie das für uns ist, wenn wir monatelang zuhause bleiben müssen oder wenn online unterrichtet wird und beim Lehrer (seltener bei uns) mal wieder die Technik nicht funktioniert. Man hat sich nicht gehört gefühlt. Es hat mich traurig gemacht, dass es so egal war, was wir gedacht haben.

Ist das ein grundsätzliches Problem, dass ihr nicht gesehen und gehört werdet?

Das Problem ist eher, als was und wie man gesehen wird. Um gehört zu werden, muss man heute als Jugendliche oder Jugendlicher Aktivistin oder Aktivist werden. Doch andere haben ja auch eine Meinung. Man muss auch die sehen, die leise sind und nicht die Öffentlichkeit suchen. –

„Für Schule mit Anschluss – auch im Internet“, Henrike musste lachen, als sie das Wahlplakat der Grünen sah. Gleichzeitig hat es die junge Berlinerin auch traurig gemacht, dass etwas, das doch selbstverständlich sein sollte, es auf ein Wahlplakat schafft. Sie hofft, dass sie später als Lehrerin vieles anders machen kann. Bis dahin will sie sich weiter engagieren: für eine weitgehend autofreie Innenstadt, für mehr soziale Gerechtigkeit und ein nachhaltiges Leben. Ideen hat sie viele.“



Vergesst den Freihandel nicht!

Die Ära der dynamischen Globalisierung ist auf absehbare Zeit vorbei. Während in den 1990er- und 2000er-Jahren der Wert der weltweit gehandelten Waren und Dienstleistungen sprunghaft angestiegen war, kam diese Dynamik bereits im vergangenen Jahrzehnt zum Erliegen. Auch in den kommenden Jahrzehnten, das zeigen die Daten des Prognos Economic Outlook, wird der Welthandel nur moderat zulegen. Chancen für die deutsche Wirtschaft bestehen trotzdem.

Die fehlende Globalisierungsdynamik ist eine große Herausforderung für den deutschen Exportsektor – und damit für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland insgesamt. Kaum ein anderes Land hat in der Vergangenheit so stark von der weltweit dynamisch steigenden Auslandsnachfrage profitiert wie Deutschland. In vielen Industriebranchen Deutschlands entfällt mehr als die Hälfte des Umsatzes auf das Ausland, die Mehrheit der Arbeitsplätze ist vom Exportgeschäft abhängig.

Für die abgeflaute Globalisierungsdynamik gibt es Gründe (auch wenn sich der Handel aktuell wieder erholt): Kurzfristig und pandemiebedingt hat die fast weltweite Rezession den internationalen Austausch gedämpft, Lieferengpässe in vielen Bereichen wirken nach.

Unternehmen stellen ihre bislang weltumspannenden Lieferketten auf den Prüfstand. In handelspolitischer Hinsicht hat auch der Konflikt zwischen den USA und China (teilweise ist auch Europa involviert) der Globalisierung großen Schaden zugefügt, der über den Tag hinaus wirkt. Aber auch rückläufige Lohnkostenunterschiede und der gestiegene Technologietransfer haben die Dynamik des globalen Handels gedämpft. Und schließlich dürfte künftig die Bedeutung von weltweiten Datentransfers weiter zunehmen – zulasten des traditionellen Handels mit physischen Gütern.

All das zwingt den deutschen Exportsektor, sich neu auszurichten – und eröffnet zugleich neue Wachstumschancen. In ausgewählten Geschäftsbereichen und in einzelnen Auslandsmärkten wächst die Nachfrage nach Handelsgütern in hohem Tempo.

Neue Möglichkeiten bieten sich durch die Entwicklung innovativer Exportprodukte und Geschäftsmodelle in Wachstumssegmenten. So sorgt etwa die zunehmende Digitalisierung dafür, dass hybride Geschäftsmodelle sich immer stärker durchsetzen. Dabei werden klassische Industrieprodukte gebündelt mit digitalen Dienstleistungen verkauft. Die deutsche Industrie befindet sich hier durchaus in einer günstigen Ausgangslage. Und der steigende Stellenwert von Klimaschutz und Klimaanpassung sorgt für einen Nachfrageboom bei Klimaschutztechnologien.



Chancen bieten auch Auslandsmärkte, die bislang noch nicht so stark im Fokus der deutschen Unternehmen oder der deutschen Außenwirtschaftspolitik stehen. In diese Kategorie fallen insbesondere Schwellenländer mit hohem Wirtschaftswachstum. Hier lohnt ein genauere Blick nach Süd- und Südostasien, aber vor allem auch nach Afrika. Auf den gesamten afrikanischen Kontinent entfallen heute nur etwa zwei Prozent der deutschen Exporte. In diesen Ländern ist langfristig eine stark steigende Importnachfrage zu erwarten.

Um die Chancen, die sich durch diese neuen Märkte ergeben, erfolgreich nutzen zu können, ist der deutsche Exportsektor jedoch auf politische Schützenhilfe angewiesen. Denn ausgerechnet auf den potenziellen Wachstumsfeldern wird das Auslandsgeschäft noch stark durch Handelshemmnisse gebremst.

Derzeit gibt es kaum Freihandelsabkommen mit Schwellenländern. Bisher lag der Schwerpunkt der europäischen Freihandelspolitik auf Abkommen mit anderen, hoch entwickelten Industrieländern. Als jüngstes Beispiel kann das Abkommen mit Kanada angeführt werden. Die neue Bundesregierung sollte gemeinsam mit ihren europäischen Partnern darauf hinwirken, vermehrt auch die Gruppe der dynamisch wachsenden Schwellenländer in den Blick zu nehmen.

Der grenzüberschreitende Dienstleistungshandel ist nach wie vor deutlich stärker reguliert und mehr Handelshemmnissen unterworfen als der Warenhandel. Das betrifft etwa die Erbringung von Informations- und Telekommunikationsdienstleistungen oder von Finanzdienstleistungen. Auch sind Dienstleistungen durch Beschäftigte vor Ort in dem jeweils anderen Land eingeschränkt. Damit sind dem Wachstumssegment hybride Geschäftsmodelle Grenzen gesetzt. Doch auch hier hat die Politik Gestaltungsmöglichkeiten. Auf EU-Ebene verspricht insbesondere die Implementierung eines möglichst barrierefreien „digitalen Binnenmarkts“ neue Impulse.

Ausdrücklich zu begrüßen ist, dass die Europäische Union, der die Handelspolitik für die Gemeinschaft insgesamt obliegt, bereits seit mehreren Jahren umfassender angelegte Freihandelsabkommen anstrebt. Neben dem klassischen Thema der Zölle stehen Erleichterungen bei nicht tarifären Handelshemmnissen, dem Dienstleistungshandel, grenzüberschreitenden Investitionen sowie Fragen des Wettbewerbs auf der Verhandlungsagenda („WTO plus Abkommen“). Damit werden einige der oben skizzierten Herausforderungen bereits adressiert.

Allerdings droht die Europäische Union, und mit ihr Deutschland als exportstärkstes Mitgliedsland, in den außenwirtschaftlichen Konflikten zwischen den USA und China zwischen die Stühle zu geraten. Modellrechnungen von Prognos zeigen, dass bei einer einseitigen Hinwendung zu einem hypothetischen US-dominierten westlichen Block mehr als ein Viertel der gesamten deutschen Exporte im Feuer stünden.



Würden wir uns umgekehrt einseitig Richtung Asien wenden, fielen die Risiken nur unwesentlich geringer aus. Um beides zu vermeiden, hat Europa gute Argumente. Sowohl für die USA als auch für China ist die Europäische Union, allein gemessen an den Exportanteilen von jeweils rund 15 Prozent, nach wie vor ein sehr bedeutsamer Partner. Hinzu kommen enge Verflechtungen bei Investitionen und Forschung. Auch wenn geopolitisch der Kompass Europas und Deutschlands im Zweifel hoffentlich klar nach Westen zeigt, muss es unser Bestreben sein, handelspolitisch nach verschiedenen Richtungen offen zu sein.

Trotz abgeflauter Globalisierungsdynamik verdient der Freihandel auch in der künftigen Legislaturperiode einen hohen Stellenwert – und zwar in alle Weltregionen, um gleichermaßen Risiken abzuwenden und neue Möglichkeiten zu schaffen. Mit neuen Marktzugängen jenseits der alten Pfade bietet die Auslandsnachfrage dem deutschen Exportsektor auch künftig ein großes Potenzial. [_](#)



Mehr zum Thema:

www.prognos.com/de/projekt/geschaeftsmodell-deutschland



← **Johann Weiß, München**
johann.weiss@prognos.com

Johann Weiß ist Projektleiter im Bereich Volkswirtschaftliche Grundsatzfragen. Als Verantwortlicher für das Prognos-Welthandelsmodell setzt er sich intensiv mit den aktuellen Chancen und Herausforderungen des Auslandsgeschäfts deutscher Unternehmen auseinander.

Eine gute Idee

Wohnraum schaffen, Donut-Effekt vermeiden

Mit dem Bedeutungsgewinn von Homeoffice werden auch längere Pendelzeiten in Kauf genommen. Dadurch übernehmen auch Gemeinden im zweiten und dritten Ring um große Städte eine Ausgleichsfunktion für die überhitzten Wohnungsmärkte der Ballungszentren. Hier wird also Wohnungsneubau immer wichtiger. Gerade dort, wo es ländlich wird, heißt das in aller Regel: Es werden Einfamilienhaus-Siedlungen gebaut.

Aber selbst in ländlichen Mittel- und Unterzentren bietet es Vorteile, neben dem Häuschen im Grünen auch hochwertige Mehrfamilien- und Reihenhäuser umzusetzen. Besonders wenn dafür nicht immer neue Siedlungen am Ortsrand entstehen, sondern Lagen im Ortskern neu belebt werden. Dies beugt dem sogenannten Donut-Effekt vor und stärkt erlaubte Zentren. Die Angebote können sich zum Beispiel gezielt an Seniorinnen und Senioren richten, die sich in kleineren und altersgerechten Wohnungen wohlfühlen. Das schafft zugleich Wohnraum für Familien.

Kommunen tragen die Verantwortung für die Bauleitplanung. Mit mutigen Entscheidungen müssen zukunftsorientierte Bauprojekte im Mehrfamilien- und Reihenhausegment aktiv geplant und entwickelt werden. So kann die Attraktivität des ländlichen Raums langfristig erhalten und das Wohnangebot bedarfsorientiert und flächensparend erweitert werden. —



Maïke Fließbach-Schendzielorz, Stuttgart
maïke.fliessbach-schendzielorz@prognos.com

Geografin Maïke Fließbach-Schendzielorz ist seit 2019 Beraterin bei Prognos im Bereich Region am Standort Stuttgart. Einer ihrer Arbeitsschwerpunkte liegt in der Erstellung von Wohnraumbedarfsanalysen und indikatorenbasierten Bestandsanalysen zur Bedarfs- und Angebotsentwicklung sowie zur Wohnraumversorgung. Zudem beschäftigt sie sich mit der Zukunft von Bauen und Wohnen unter anderem im Rahmen der vbw-Studie „Constructing Our Future“.

Vorsorgen wie die schwäbische Hausfrau

Die Schuldenbremse schützt den Staat vor Überschuldung, schränkt aber zugleich seine Gestaltungsmöglichkeiten ein. Letztere werden jedoch benötigt, um die Probleme, die insbesondere durch den Klimawandel entstehen, nicht bei unseren Kindern und Enkeln abzuladen.

Fiskalpolitik mag vielen langweilig und trocken erscheinen. Für unseren Alltag hat ihre Ausgestaltung jedoch unmittelbare Konsequenzen: Hat der Staat unzureichende Mittel, werden zum Beispiel weniger Straßen gebaut und in den Schulen sitzen mehr Kinder pro Klasse. Über wie viel Geld der Staat verfügt, hängt von seinen Steuereinnahmen und von seiner Kreditaufnahme ab. Letztere wird in Deutschland durch die „Schuldenbremse“ geregelt: Sie besagt, dass abgesehen von Ausnahmesituationen und bereinigt um konjunkturelle Schwankungen der Bund nur in einem sehr geringen Umfang netto neue Kredite aufnehmen darf (maximal 0,35 Prozent des jährlichen Bruttoinlandsprodukts). Die Bundesländer dürfen gar keine neuen Schulden machen.

„Staaten müssen sich genauso wie private Haushalte und Unternehmen verschulden können.“

Die Pandemie ist eine derartige Ausnahmesituation. Als Reaktion darauf hat die Bundesregierung temporär die Mehrwertsteuer gesenkt und ihre Ausgaben kreditfinanziert massiv ausgeweitet. Die Schuldenstandsquote – die Relation zwischen dem staatlichen Schuldenstand und dem (jährlichen) Bruttoinlandsprodukt – sprang um mehr als zehn Prozentpunkte auf aktuell 74 Prozent. Sorgenfalten

muss man deswegen nicht bekommen. Deutsche Staatsanleihen sind zurzeit bei den Anlegern so begehrt, dass sie zu einem negativen Zinssatz emittiert werden können – der deutsche Staat erzielt Extra-Einnahmen durch seine Kreditaufnahme. Gemäß unserer aktuellen Basisprognose für Deutschland „normalisiert“ sich allerdings mittel- und langfristig das Zinsniveau und der deutsche Staat muss wieder Zinsen auf seine Kredite zahlen. Die Schuldenbremse sorgt dafür, dass die Schuldenstandsquote bereits in sechs Jahren das Vorkrisenniveau von 60 Prozent erreicht und in den Folgejahren kontinuierlich Richtung 40 Prozentmarke absinkt.

In ökonomischer Hinsicht ist eine permanente Reduktion der staatlichen Schulden bzw. der Schuldenstandsquote kein Selbstzweck. Staaten müssen und dürfen sich genauso wie private Haushalte und Unternehmen verschulden – insbesondere dann, wenn die Kredite für Zwecke aufgenommen werden, deren Erträge sich erst in der Zukunft realisieren. Auch die schwäbische Hausfrau spart nicht um des Sparens Willen, sondern für besondere Ausgaben. Verzichtet man auf die fortgesetzte Reduktion der Schuldenstandsquote nach dem Wiedererreichen der 60 Prozentmarke, ergeben sich zusätzliche fiskalische Spielräume in Höhe von ca. 40 Milliarden Euro jährlich. Dies entspricht in etwa den jährlichen Mehrinvestitionen, die für eine weitgehende Klimaneutralität in Deutschland notwendig sind (gegenüber einem 60-Prozent-Reduktionspfad). Eine Anlage mit einer höheren Rendite für unsere Kinder und Enkelkinder findet auch die schwäbische Hausfrau nicht. _



Mehr zum Thema:

www.prognos.com/de/projekt/schulden-check-corona



← Jan Limbers, Freiburg
jan.limbers@prognos.com

Jan Limbers ist Senior-Experte bei Prognos im Bereich Volkswirtschaft und versucht in seiner Freizeit eine Nutzenfunktion für einen Familienurlaub in den USA einschließlich externer Effekte auf z. B. Eisbären u. ä., aufzustellen.

Wachsende Kluft: Stadt-Land

Mit dem Modell REGINA (ReGionalized National Accounts) schauen die Expertinnen und Experten von Prognos auf mögliche zukünftige Entwicklungen in Deutschlands Regionen. Die gewonnenen Zahlen bilden den gesellschaftlichen Alterungsprozess ab oder zeigen den zunehmenden Fachkräftebedarf vor Ort. Unterschiede in den Lebensverhältnissen finden sich vor allem zwischen Stadt und Land. Das verdeutlichen auch die Beispiele auf dieser Doppelseite. Aufgabe der Politik wird es sein, die unterschiedlichen Dynamiken in ganz Deutschland zu durchbrechen, um die Schere nicht weiter aufgehen zu lassen.



Nur **3%** der Schulabgängerinnen und Schulabgänger der Stadt **Mainz** blieben im Jahr 2018 ohne Schulabschluss*. Mainz schaffte es damit als einzige kreisfreie Stadt in die Top Ten – neben neun bayrischen Landkreisen. Im Bundesdurchschnitt sehen die Zahlen weniger gut aus: 6,6% der Jugendlichen (insgesamt **über 50.000**) blieben 2018 ohne Schulabschluss. Um auch ihnen Perspektiven bieten zu können, müssen die Gründe für den Schulabbruch dringend genauer untersucht werden.

* Destatis 2020

Die Stadt Salzgitter wird nach aktuellen Prognosen im Jahr 2030 mit knapp **24%** den größten Anteil an **Personen unter 20 Jahren** beheimaten. In vielen anderen Regionen verursacht der demografische Wandel einen umgekehrten Effekt: So werden im Jahr 2030 voraussichtlich mehr als 20 Millionen Menschen in Deutschland älter sein als 65 Jahre. In Landkreisen (26%) mehr als in kreisfreien Städten (21%). In der Folge gibt es weniger Menschen im erwerbsfähigen Alter und es fehlen vielerorts Arbeitskräfte.

* Eigene Berechnungen, basierend auf REGINA.



Die Entwicklung von smarten und nachhaltigen Konzepten für den öffentlichen Personennahverkehr im ländlichen Raum bleibt ein wichtiges Zukunftsthema.



Den höchsten Anteil an sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen (an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten) hat mit **56,2%** der Landkreis **Helmstedt**. Eine Ausnahme: Insgesamt sind nur in 16,7% aller kreisfreien Städte und Landkreise die Mehrheit der Beschäftigten Frauen.

* Eigene Berechnungen, basierend auf REGINA.



Um knapp **35.000 Menschen** (+19%) wird die Bevölkerung der **Stadt Potsdam** von 2020 bis 2030 nach aktuellen Prognosen zunehmen. Weitere Hotspots mit mehr als sieben Prozent Bevölkerungswachstum im gleichen Zeitraum sind die Städte Leipzig, Frankfurt am Main, Rostock und Darmstadt. In den Landkreisen sinken die Zahlen dagegen bundesweit um durchschnittlich ein Prozent. Für die Sicherung der Handlungs- und Leistungsfähigkeit benötigen die Kommunen stabile Bevölkerungszahlen.

* Eigene Berechnungen, basierend auf REGINA.



Besonders wachstumsstark zeigen sich in den kommenden Jahren vor allem Regionen im Umland von Metropolen wie Berlin und München. Durch die Nähe zur Wissenschafts-, Dienstleistungs- und Kreativhochburg Berlin sind die Wachstumsprognosen etwa für **Dahme-Spreewald** (Flughafen BER) sehr positiv. Für diesen Landkreis wird dabei eine **Wachstumsrate** der nominalen Wertschöpfung bis 2030 von mehr als **5% pro Jahr** erwartet.

* Eigene Berechnungen, basierend auf REGINA.

In der Stadt Dresden sind lediglich knapp 5% der **Ärztinnen und Ärzte über 65 Jahre**, während es im Landkreis Hof knapp 27% sind*. Deutschlandweit sind 13% der Ärztinnen und Ärzte älter als 65 Jahre und werden daher bald aus dem Berufsleben ausscheiden. In den kreisfreien Städten (13,4%) mehr als in den Landkreisen (12,7%).

* KBV, Regionale Verteilung der Ärzte in der vertragsärztlichen Versorgung



In Landkreisen liegt die **Pkw-Dichte** (Pkw pro Kopf) mit **0,60** deutlich höher als in kreisfreien Städten (0,45).

* Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung: Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung

Die Zahl der Erwerbstätigen wird nach aktuellen Prognosen in nahezu allen Kreisen im Vergleich zu 2019 zurückgehen – bis ins Jahr 2030 in Landkreisen um ca. 6% und in kreisfreien Städten um ca. 3%. Positive Ausnahmen bilden unter anderem solitär gelegene Universitäts- und Schwarmstädte wie Rostock, Augsburg, Kiel oder **Regensburg**, wo die **Zahl der Erwerbstätigen** bis 2030 um ca. **1,5%** wachsen wird.

* Eigene Berechnungen, basierend auf REGINA.



Passend anpassen

Im August 2021 veröffentlichte der Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) seinen aktuellen Sachstandsbericht zu den naturwissenschaftlichen Grundlagen des Klimawandels. Dieser belegt noch deutlicher als bisher, dass der menschliche Einfluss zu tiefgreifenden Veränderungen des Klimasystems führt. Unser Planet befindet sich derzeit auf dem Pfad zu einer durchschnittlichen Erwärmung um 2,7 °C und könnte die 2015 in Paris ausgerufene Zielmarke von maximal 1,5 °C bereits 2030 überschreiten.

Fast zeitgleich erlebte Deutschland eine der schlimmsten Unwetterkatastrophen seiner Geschichte: Neben den fast 200 zu beklagenden Todesfällen durch die Überflutungen im Juli 2021 gehen Expertinnen und Experten hier von einem Schadensausmaß zwischen 25 und 30 Milliarden Euro aus – dem höchsten Schadenswert eines Einzelereignisses in Deutschland.



Der Bericht des IPCC wie auch eine aktuelle Prognos-Studie für das Bundesumweltministerium zu Klimawandelschäden in Deutschland zeigen: Für Hitzewellen und Dürrephasen, aber auch für Starkregenereignisse und Überflutungen liegen zahlreiche Daten vor, die eine Attribution des Klimawandels auf die veränderte Häufigkeit und Intensität von Extremereignissen herstellen. Vor dem Hintergrund dieser Informationen wird immer deutlicher: Ein Nichthandeln und selbst ein Weitermachen wie bisher in Bezug auf den Klimawandel können keine Option für eine zukunftsgerichtete Entwicklung sein.

Zwei Aufgaben für die klimagerechte Zukunft Deutschlands

Auch in Deutschland wird der vom Menschen verursachte Klimawandel immer extremere Wetter- und Klimabedingungen hervorrufen. Wenn die verheerenden Ereignisse der Jahre 2018 bis 2021 in einer Welt mit einer Erwärmung von bisher 1,1 °C auftreten, dann sind diese nur ein leichter Vorgeschmack dessen, was uns in einer um 2,7 °C wärmeren Welt erwartet. Deutschland als Vorreiteration sowie alle anderen Staaten müssen daher in den kommenden Jahren das Tempo beim Klimaschutz und bei der Verringerung der Treibhausgas-Emissionen deutlich und konsequent anziehen, wenn wir dieses Erwärmungsszenario und die mit ihm verbundenen Kippunkte im Klimasystem noch abwenden wollen. Es wird jedoch immer deutlicher, dass Klimaschutz allein nicht mehr ausreicht, um den Klimawandel zu adressieren: In den kommenden Jahrzehnten stellen Klimaresilienz und entsprechende Anpassungen weitere große Aufgaben im Umgang mit dem Klimawandel dar.

Resilienz und Klimaanpassung als planerisches Leitmotiv

Um das gesamtgesellschaftliche Handeln auf den vorbeugenden Umgang mit den Klimafolgen einzustellen, ist es unerlässlich, den Diskurs über die flächendeckende Klimafolgenanpassung in klare Orientierungen zu überführen. Das neue und erste eigenständige Klimaanpassungsgesetz in Nordrhein-Westfalen (NRW) zeigt, dass die staatlichen Organe beginnen, die Klimaanpassung als zweites Standbein neben dem Klimaschutz strategisch zu adressieren. Entscheidend ist es jedoch, dass bestehende Instrumente der Raum- und Bauleitplanung noch schärfer gestaltet werden – unter anderem durch die Verankerung der Klimaanpassung als Pflichtaufgabe und Leitmotiv in sämtlichen Vorhaben. So kann verhindert werden, dass die Klimaanpassung gleichberechtigt neben zahlreichen anderen Belangen steht und im Rahmen von Planungsprozessen „weggewogen“ werden kann. Gerade vor dem Hintergrund, dass Infrastrukturen und Gebäude viele Jahrzehnte überdauern und vorausschauend geplant werden müssen, sind hier die künftigen Klimawandelfolgen auch aus ökonomischer Sicht prominenter zu berücksichtigen.

Integrierte Anpassungsprozesse zum Schutz von Kommunen und Infrastrukturen

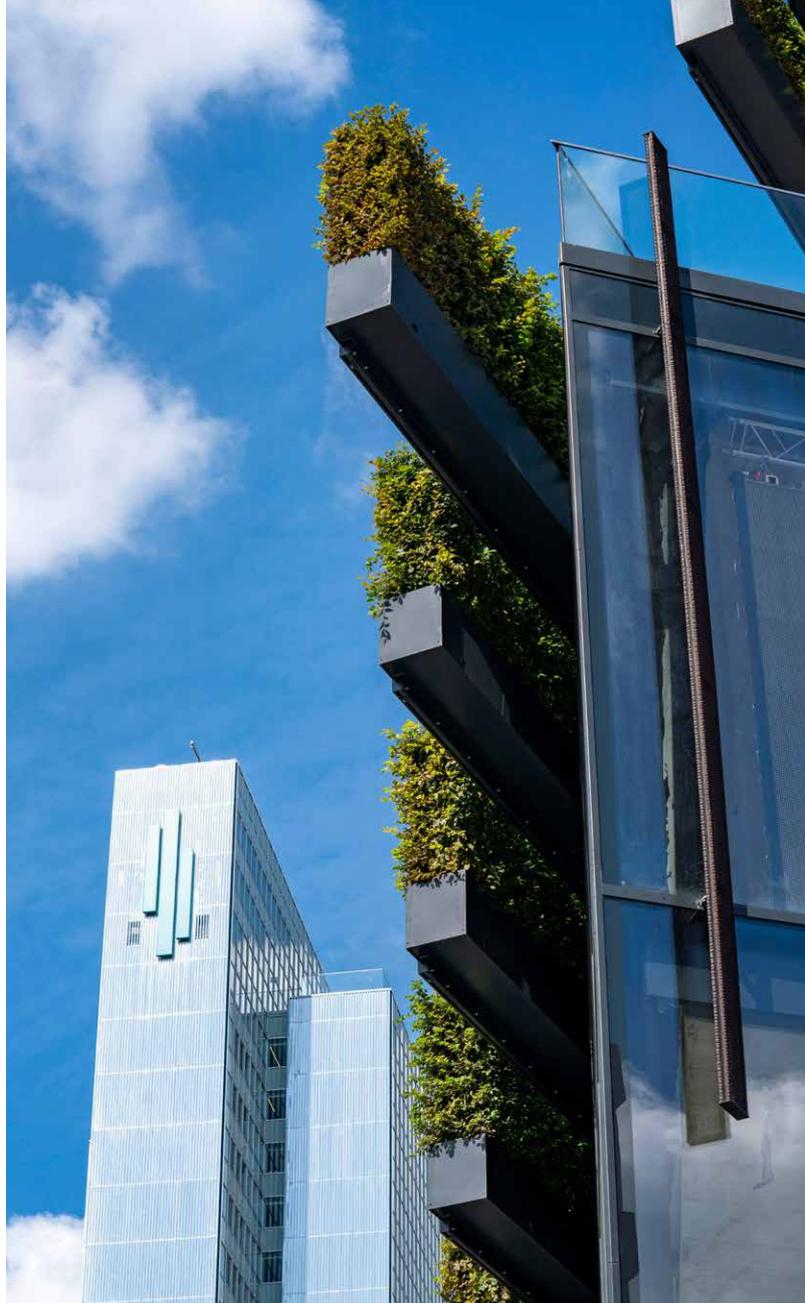
Das Klima wirkt sich lokal unterschiedlich aus, weswegen auch Anpassungsmaßnahmen zum Großteil in der Verantwortung von Städten und Kreisen liegen. Es braucht integrierte Klimaanpassungsprozesse, die von der Verwaltung über die Bürgerschaft bis in die Wirtschaft alle Akteurinnen und Akteure zusammenbringen und zum zielgerichteten Handeln animieren. Auch hier zeigt NRW mit dem Projekt „Evolving Regions“, wie auf der regionalen Ebene klimaangepasste Strukturen entstehen können: In einem strategischen Prozess in insgesamt sieben Regionen entwickeln die Akteurinnen und Akteure gemeinsam eine Klimaanpassungs-Roadmap für ihren Kreis. Diese Roadmap bündelt und informiert über die verschiedenen Schritte einer regionalen Klimaanpassung, beginnend bei der Erhebung von Klimawirkungen und Vulnerabilitäten über die Entwicklung konkreter Maßnahmen bis hin zur Analyse ihrer Wirkungen und Finanzierungsmöglichkeiten. Soll die Klimaanpassung als Gemeinschaftsaufgabe anerkannt und angegangen werden, sind Prozesse nach diesem Vorbild für eine strategische Verankerung unerlässlich.

Risikoversorge in der Wirtschaft

Auch Unternehmen sind von den Klimawandelfolgen besonders betroffen und im Sinne der ganzheitlichen Transformation des Gesellschafts- und Wirtschaftssystems über Risiken und Handlungsmöglichkeiten zu informieren: Gestörte Supply Chains und Schäden an Produktionsstätten ziehen langfristige Konsequenzen für das unternehmerische Handeln nach sich und gehören als solches im Rahmen des Risikomanagements adressiert. Der Großteil bestehender Beratungsangebote zur Klimaanpassung richtet sich jedoch bisher an kommunale Akteurinnen und Akteure. Erste Ansätze, wie der von Prognos entwickelte Klimacheck des Bundeswirtschaftsministeriums, ermöglichen den Unternehmen zwar eine Einschätzung ihrer Klimabetroffenheit und möglicher Anpassungsmaßnahmen, sind jedoch noch auszubauen bzw. ebenfalls stärker strategisch zu verankern, um die unternehmerischen Anpassungspotenziale zu heben.

Für die Ereignisse von morgen braucht es jetzt gemeinsame Anstrengungen und Investitionen

In der Gesamtschau wird deutlich, dass die Klimaanpassung eine Gemeinschaftsaufgabe ist, die wir auch nur durch eine Zusammenarbeit aller Teile der Gesellschaft meistern werden. Damit wir morgen für die nächste Hitzewelle, das nächste Hochwasser oder den nächsten Sturm gerüstet sind, sind heute umfassende Anpassungsinvestitionen nötig: inresiliente Infrastrukturen, klimaangepasste Gebäude und soziale Einrichtungen, einen Umbau der Forstbestände sowie der landwirtschaftlichen Produktion, aber auch in regionale Beratungszentren und Informationsdienste. Und: Je früher wir diese systematische Anpassung an die Folgen des Klimawandels, die Entscheidungsträgerinnen und -träger, Wirtschaft sowie Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen erreicht, angehen, desto besser werden ihre Erfolgsaussichten sein. _



Mehr zum Thema:
www.prognos.com/de/projekt/kosten-durch-klimawandelfolgen-deutschland

Lukas Eiserbeck, Düsseldorf
lukas.eiserbeck@prognos.com



Als Berater im Bereich Umwelt-, Kreislaufwirtschaft und Klimawandel begleitet Lukas Eiserbeck bei Prognos Regionen und Unternehmen dabei, sich resilient aufzustellen. Sein Text entstand unter dem Eindruck der verheerenden Flutkatastrophe im Juli 2021.

Freund, Helfer, Vorbild

Die Elektrifizierung des Verkehrs- und Transportsektors kommt nur schleppend voran. Dabei ist sie zur Erreichung der Ziele des Klimaschutzgesetzes der Bundesregierung unbedingt notwendig. Dazu aber braucht Deutschland nicht nur geeignete Infrastrukturen. Ebenso muss die Politik Planungssicherheit geben und auch die Bevölkerung muss die Verkehrswende akzeptieren.

„Erneuerbar Mobil“ oder „IKT für Elektromobilität“ heißen Förderprogramme, mit denen der Staat die Elektromobilität in Deutschland unterstützt. Mit derartiger Förderung werden dringend notwendige Demonstrationsprojekte finanziert und Machbarkeitsnachweise erbracht. Ein Beispiel ist das Projekt „lautlos&einsatzbereit“, in dem entgegen allen anfänglichen Bedenken eindrucksvoll gezeigt wurde, dass Elektromobilität auch in extremen Einsatzgebieten wie der Blaulichtflotte der Polizei funktioniert. Die E-Fahrzeuge hielten den Anforderungen des Streifendienstes (z. B. große Reichweite, Verfügbarkeit) nicht nur Stand, im Projektverlauf wurden sie von Beamtinnen und Beamten sogar bevorzugt genutzt. Die Botschaft ist klar: Wenn es bei der Polizei funktioniert, funktioniert es im „herkömmlichen“ Personenverkehr erst recht. Leider erreicht diese Botschaft die Öffentlichkeit zu selten. Solche Erfolgsbeispiele sind jedoch wegweisend: Öffentliche und gewerbliche Flottenanwendungen sind die Wegbereiter für die Elektromobilität in Deutschland.

Doch für mehr Tempo in der Umsetzung muss die Gesellschaft stärker an derartigen Projektergebnissen beteiligt werden. Deshalb sollten sozialwissenschaftliche Disziplinen in die Begleitforschung integriert werden. Nur so können Akzeptanzprobleme und Bedenken der Menschen künftig genauer identifiziert, kommuniziert und adressiert werden. Durch zielgruppenorientierte Wissenschaftskommunikation kann die breite Öffentlichkeit an den Erkenntnissen der Förderung teilhaben. Beides ist notwendig, damit ein Markthochlauf der Elektromobilität in Deutschland gelingt.



Die Einbindung einer möglichst breiten Öffentlichkeit ist jedoch nur eine Seite der Medaille. Damit behördliche und gewerbliche Flottenanwendungen ihr Potenzial als Türöffner künftig entfalten können, muss das Beschaffungswesen so ausgerichtet werden, dass es beispielsweise öffentlichen Einrichtungen ermöglicht, E-Fahrzeuge trotz der initialen Mehrkosten zu beschaffen.

Eine innovationsorientierte Förderpolitik hat nicht nur Einzelaspekte im Blick wie die Förderung einer Ladeinfrastruktur. Sie zielt auf das Gesamtsystem ab: Neue Anforderungen an die Instandhaltung, Wartung und den Betrieb der batterieelektrischen Fahrzeuge müssen berücksichtigt werden. Ebenso wichtig sind Schulungen, in denen die neuen Prozesse, die sich rund um die neuen Fahrzeuge ergeben, erklärt und trainiert werden.

Eine (Förder-)Politik, die auch die sozialwissenschaftlichen Aspekte einer Verkehrswende berücksichtigt, kann einen schnellen Markthochlauf der Elektromobilität in Deutschland unterstützen. —



← **Jan Reichert, Berlin**
jan.reichert@prognos.com

Jan Reichert ist Berater im Bereich Wirtschaft und Innovation und beschäftigt sich im Rahmen von Evaluationen mit der Förderung von Elektromobilität in Deutschland. Dabei interessiert ihn insbesondere, wie aus den Projektergebnissen praxisnahe Anwendungen werden können. Den Text verfasste er gemeinsam mit Senior-Projektleiter Dr. Thomas Stehnen, der mit seinem Team die Begleitforschung zum Programm „IKT für Elektromobilität“ des Bundeswirtschaftsministeriums durchführt.

Werkstattbericht

Nachhaltigkeits-Screening-Tool unterstützt Unternehmen

Unternehmen werden in Sachen Nachhaltigkeit zunehmend in die Pflicht genommen – vom Gesetzgeber, der Gesellschaft und den Investoren. Ein neues Screening befähigt Unternehmen, sich mit der eigenen Lieferkette auseinanderzusetzen und ihre Maßnahmen mit Zahlen, Daten und Fakten zu untermauern.

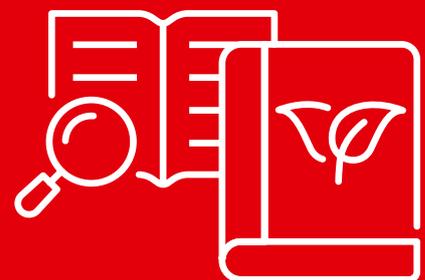
8 Jahre und 3 Monate – so viel Zeit bleibt noch, um Ungleichheiten auf der Welt zu minimieren, nachhaltiger zu konsumieren, zu produzieren und den Klimaschutz in die Tat umzusetzen. Die Agenda 2030 der Vereinten Nationen definiert 17 Sustainable Development Goals, deren Erreichung in weiter Ferne scheint. Wie kann es uns gelingen, diese Nachhaltigkeitsziele zu erfüllen? Wie schaffen wir eine nachhaltige Transformation im Interesse zukünftiger Generationen? Eine entscheidende Rolle spielen dabei Unternehmen.

Stakeholder verlangen vermehrt Auskunft über die ökonomischen, ökologischen und sozialen Auswirkungen der unternehmerischen Tätigkeit. Die bestehende Berichterstattung, welche vor allem auf qualitative Aspekte abzielt, reicht nicht mehr aus. Um Greenwashing zu verhindern, werden Rahmenwerke für die Nachhaltigkeitsberichterstattung immer umfangreicher, aber auch methodisch komplexer. Es geht zunehmend darum, Nachhaltigkeit messbar zu machen – also darum, mit Zahlen, Daten und Fakten das unternehmerische Handeln zu belegen.

Mit dem Prognos-Nachhaltigkeits-Screening-Tool haben wir einen faktenbasierten Ansatz entwickelt, um Unternehmen bei der Analyse ihrer Nachhaltigkeit in der Lieferkette zu unterstützen. Aufgrund regulatorischer Anforderungen sowie eines immer größer werdenden Transformationsdrucks müssen sich Unternehmen zukünftig dezidiert mit den sozialen und ökologischen Risiken in ihrer Lieferkette auseinandersetzen. Dabei sind diese nicht nur häufig sehr komplex, sondern teilweise auch unbekannt. Mit dem Tool können wir für Unternehmen ihre Lieferkette und landesspezifische Nachhaltigkeitshotspots entlang der unternehmerischen Wertschöpfung sichtbar machen. Dabei

werden in einer Expositionsanalyse, bei der wir Risiken verorten, mehrere Informationsebenen zusammengebracht: die ökonomischen Verflechtungen mit Informationen zu den sozialen und ökologischen Situationen auf Länder- und Sektorebene. Auf Basis von multiregionalen Input-Output-Analysen und rund 100 Nachhaltigkeitsindikatoren können wir Aussagen darüber treffen, in welchen Ländern und Sektoren Unternehmen direkt oder indirekt aktiv sind und ob potenziell soziale oder ökologische Risiken in der Lieferkette bestehen. Im Ergebnis erhalten Unternehmen eine fundierte und kommunizierbare Einschätzung über Nachhaltigkeitshotspots in ihrer Lieferkette.

Das Prognos-Nachhaltigkeits-Screening-Tool liefert einen wertvollen Beitrag für Unternehmen, um sich ihres eigenen globalen Nachhaltigkeitsabdrucks gewahr zu werden, und befähigt diese, sich zielorientiert mit der eigenen Lieferkette auseinanderzusetzen. _



Myrna Sandhövel, München
myrna.sandhoevel@prognos.com

Gemeinsam mit Projektleiter Dr. Jan Trenczek entwickelte Nachhaltigkeitsberaterin Myrna Sandhövel das Prognos-Nachhaltigkeits-Screening-Tool. Das interdisziplinäre Team arbeitet stetig an der Verknüpfung der ökonomischen Modelllandschaft von Prognos mit den drängenden Fragen einer nachhaltigen Transformation.

Gegen die Weltüberlastung

Der letzte Termin einer Bundestagswahl, die vor dem „Weltüberlastungstag“ stattfand, war der 27. September 1998. Im Jahr 1998 lag er noch drei Tage nach der Wahl, aktuell liegt er mit Ende Juli schon fast zwei Monate vor der Bundestagswahl.

Das bedeutet, dass der Verbrauch natürlicher Ressourcen ungebremst zunimmt. Verbunden sind mit dieser Entwicklung allerdings auch erhebliche Eingriffe in die Landschaft und ein hoher Verbrauch von Chemikalien bei der Förderung von Rohstoffen. Ferner entsteht beim Abbau und Transport der Rohstoffe ein hoher Energieaufwand und damit ein hoher Ausstoß an Treibhausgasen.

Will man die Importabhängigkeit von Rohstoffen aus wirtschaftspolitischen Gründen, aber auch aus Gründen des Umweltschutzes verringern, so müssen, vereinfacht gesagt, die in Deutschland bereits in Produkten oder Bauwerken vorhandenen Rohstoffe im Kreislauf geführt werden und nach Möglichkeit auch im Land verbleiben. Aktuell sehen wir nationale Lieferengpässe beispielsweise bei Holz oder verschiedenen Metallen, gleichwohl wir große Mengen davon gleichzeitig als Primärrohstoff oder in Form von Recyclingrohstoffen exportieren. Problematisch ist dabei, dass wir Rohstoffe wie Holz nicht mehr zurückbekommen, da sie in China oder den USA verbaut werden, oder nur teilweise und mit größerem zeitlichen Verzug beispielsweise in Form von Konsumgütern.

Der Mangel an Rohstoffen kann zur „Fortschrittsbremse“ werden, da alle wesentlichen gesellschaftlichen Herausforderungen, wie die Energie- oder Verkehrswende, auf große Mengen an „klassischen“, aber insbesondere auch an „seltene“ bzw. „kostbare“ Metallen angewiesen sind. Energie- und Verkehrswende brauchen also eine Rohstoffwende. Im Januar dieses Jahres hat die Bundesregierung daher ihre neue „Rohstoffstrategie“ vorgelegt. Die Strategie wird jedoch nicht aufgehen, wenn die Rohstoffversorgung weiterhin in erster Linie als Angelegenheit der Wirtschaft gesehen wird und sich die abfallpolitischen Aktivitäten in diesem Land fast ausschließlich um das Recycling von Verpackungen drehen.



Recycelt wird aktuell das, was einen Marktwert hat und sich somit wirtschaftlich darstellen lässt. Die Etablierung von neuen Recyclingverfahren bzw. -strukturen hingegen wird sich entsprechend den „marktüblichen“ Regeln wahrscheinlich erst dann rechnen, wenn die kontinuierliche Versorgung mit Metallen für die Zukunftstechnologien bereits gestört ist. Dies bedeutet im Klartext, dass zum einen die Rahmenbedingungen für den Einsatz von recyceltem Stahl, Kupfer oder Aluminium, deren Recycling bereits gut organisiert ist, bei der Produktion von Neuware verbessert werden müssen. Zum anderen sind für das Recycling von Technologiemetallen die Recyclingverfahren vielfach noch zu entwickeln und die Strukturen noch zu schaffen. Um die Zeit für die Marktreife deutlich zu verkürzen und die Volatilität der Rohstoffpreise auszugleichen, könnten mit flankierender staatlicher Unterstützung und der Vorgabe entsprechender Quoten auch hier Strukturen geschaffen werden, die funktionieren, bevor es zu Engpässen kommt.

Recycling ist der Schlüssel zu mehr Klima- und Ressourcenschutz in der Umweltpolitik. Auf dem Weg zur Klimaneutralität im Jahr 2045 benötigen wir jeden Beitrag zur Reduzierung der CO₂-Äquivalente, auch den aus der Kreislaufwirtschaft. Dieser liegt heute bei rund 85 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente und kann deutlich erhöht werden. Mit dem gezielten Ausbau der Recyclingwirtschaft vermindern sich Umweltschäden in anderen Teilen dieser Welt und zudem unsere Importabhängigkeit. Was uns dazu aber fehlt, ist eine verbindliche Strategie zum Ausbau der Kreislaufwirtschaft, wie sie die Niederlande mit der „Circular Dutch economy by 2050“ bereits vorgelegt haben. _



Dr. Jochen Hoffmeister, Düsseldorf
jochen.hoffmeister@prognos.com

Der Beitrag der Kreislaufwirtschaft zum Klima- und Ressourcenschutz – für Dr. Jochen Hoffmeister eine entscheidende Fragestellung zur Weiterentwicklung der Branche, die er seit fast 30 Jahren berät.

Die Klimapolitik muss zur Sternstunde der Ökonomie werden

Eigentlich müsste jetzt die Stunde der Ökonomie schlagen. Die Politik hat das Ziel ausgegeben, dass Deutschland bis zum Jahr 2045 klimaneutral wird. Untersuchungen zeigen, dass das technisch möglich ist, und beziffern auch die direkten technischen Kosten. Das Feld also ist bereit für die Paradedisziplin der Ökonominen und Ökonomen: ein gegebenes Ziel unter der Restriktion knapper Mittel effizient zu erreichen.

Das Ziel „netto null“ ist politisch brillant gewählt. Von ihm geht die unmissverständliche Botschaft aus, dass sich niemand wegducken kann. Keine Branche, kein Unternehmen, keine Behörde und kein Haushalt kann mit dem Finger auf den anderen zeigen. Jeder Einzelne muss seinen CO₂-Fußabdruck eliminieren. Beim Versuch, die Treibhausgas-Emissionen von heute fast 800 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente auf null zu bringen, werden erhebliche Kosten anfallen (die auch in den pessimistischsten Szenarien nur einen Bruchteil der Kosten eines ungebremsten Klimawandels ausmachen). Die Politik beginnt gerade erst, nach dem effizientesten Weg zu suchen. Sie sollte sich beeilen.

Die Ausgangslage ist klar: Zum einen gibt es technische Kosten der Transformation. Was kostet ein Elektroauto im Vergleich zu einem Pkw mit Verbrennungsmotor? Diese Kosten kann man für alle Bereiche heute schon sehr gut abschätzen. Die Fortschreibungen in die Zukunft sind allerdings noch mit sehr großen Unsicherheiten behaftet. Zum anderen stellt sich die Frage der Wettbewerbsfähigkeit. Wenn ein Produkt auf einem hart umkämpften Weltmarkt im Zuge der Transformation beispielsweise um „nur“ fünf Prozent teurer wird, das Unternehmen aber dadurch 80 Prozent seines Absatzes verliert oder die Marge negativ wird, liegen die ökonomischen Kosten deutlich höher als die technischen Kosten. Wir müssen Wege finden, die Gesamtkosten der Transformation zu minimieren. Welche die richtigen Wege sind, ist dann eben bei Weitem nicht nur eine technische Frage, sondern hängt sehr stark von den Eigenschaften des jeweiligen Marktes ab.

Es beginnt mit der Wahl des Instruments, um CO₂-Emissionen zu senken. Zertifikate, Steuern und Ordnungsrecht konkurrieren miteinander und können zu sehr unterschiedlichen Vermeidungskosten führen. Bei den dadurch motivierten Investitionen in die Vermeidung von CO₂ ist dann der richtige Zeitpfad von großer Bedeutung. Einerseits sollte in ausgereifte Technologien früh investiert werden. Andererseits dürfen die Abschreibungen in alte Anlagen nicht vernachlässigt werden. Zudem hilft ein zeitlich geglätteter Investitionspfad über die kommenden Jahre, Engpässe und damit Kostensteigerungen zu vermeiden. Dazu benötigen Investoren einigermaßen verlässliche Preissignale aus dem CO₂-Markt. Ein Investitionspfad ist aber auch notwendig, damit den Unternehmen noch hinreichend Investitionskraft an anderen Stellen verbleibt. Anderenfalls bleiben ebenfalls dringende Investitionen mit positiven Produktivitätseffekten aus. Das würde Wachstum und Beschäftigung kosten. Schließlich müssen öffentliche Planungs- und Genehmigungsverfahren ein ganz anderes Tempo an den Tag legen als bisher.

Und: Manche Emittenten können die Transformation aus eigener Kraft stemmen, andere nicht. Welches dann das richtige Maß der Förderung ist, hängt von vielen Parametern ab. Auch ist die Wahl der richtigen Instrumente keineswegs trivial. Ob Investitions- oder Betriebskostenzuschüsse, Carbon Contracts for Difference oder ein Grenzausgleichsmechanismus zielgenau und effizient sind, wird sich von Markt zu Markt unterscheiden.

In der Summe gibt es eine große Anzahl von Parametern, an denen sich die ökonomische Effizienz von „netto null“ entscheidet – und die sich lohnen, im konkreten Fall zu untersuchen. Die Jahrhundertaufgabe Klimapolitik ist zu gewaltig, als dass wir es uns leisten sollten, die Dinge nicht ganz genau ökonomisch unter die Lupe zu nehmen. —



← **Dr. Michael Böhrer, München**
michael.boehmer@prognos.com

Dr. Michael Böhrer ist Chefökonom der Prognos und weiß mit 20 Jahren Berufserfahrung, dass man die großen gesellschaftlichen Probleme nur interdisziplinär angemessen analysieren und lösen kann. Sein persönlicher Beitrag zum Klimaschutz? Bescheiden. Fast immer scheidet er knapp an der magischen Grenze von 10.000 Jahreskilometern auf dem Fahrrad.

Digitalisierungsministerium: Ja, nein, vielleicht

Bildung, Gesundheit, öffentliche Verwaltung, Arbeit, Wirtschaft, Teilhabe und Demokratie – kaum ein Bereich unserer Gesellschaft bleibt von der Digitalisierung unberührt. Die Gestaltungs- und Handlungsfelder sind mannigfaltig. Will Deutschland im europäischen und internationalen Vergleich den Anschluss nicht verlieren, muss dringend entschieden werden, wie das Querschnittsthema Digitalisierung organisiert und gestaltet werden soll.

Digitalisierung heißt für den Staat nicht nur die Digitalisierung der Verwaltung, sondern den Aufbau einer umfassenden digitalen Daseinsvorsorge. Es geht darum, digitale Technologien und Lösungen in konkrete Anwendungsfälle in Mobilität, Bildung, Arbeit, Wirtschaft, Gesundheit sowie ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit zu über-

setzen und gleichzeitig die Rahmenbedingungen der Digitalisierung im privaten Sektor zu gestalten. Laut Digital Economy and Society Index der Europäischen Kommission liegt Deutschland derzeit oft nur im Mittelfeld. CDU, FDP und die Verbände der Digitalwirtschaft rufen daher nach einem Digitalministerium, auch SPD und Grüne fordern die strukturelle Stärkung der Digitalisierung – im Kanzleramt etwa oder mit starker Ausprägung in einem der Fachressorts. Doch ist der Ressortzuschnitt tatsächlich der entscheidende Faktor, um die Digitalisierung in Deutschland voranzubringen? Was sind die strukturellen Anforderungen an eine erfolgreiche Digitalisierungspolitik?

Digitalisierungspolitik ist Querschnittspolitik

Die Gestaltung der digitalen Transformation ist eine klassische Querschnittsaufgabe: Das Digitale muss in allen Politikfeldern, in allen Lebensbereichen mitgedacht werden; bestimmend aber bleiben fachliche



Verantwortlichkeiten in den jeweiligen Politikfeldern. Für die Digitalisierung der Bereiche von Gesundheit über Mobilität bis hin zur inneren Sicherheit und Verteidigung werden neue Fähigkeiten benötigt; neue Expertisen, die in die Fachpolitiken integriert werden müssen. Zugleich wohnt der Digitalisierung ein starker Zwang zur Koordinierung inne: Technische Standards müssen gesetzt und eine gemeinsame Infrastruktur aufgebaut werden. Ausgehend von diesen Charakteristika als Querschnittspolitik ergeben sich vier zentrale Anforderungen an eine strukturelle Verankerung in der Bundesregierung.

Erfolgreiche Digitalisierungspolitik ist strategiefähig, durchsetzungsstark, mit ausreichend Ressourcen versehen und sichtbar.

1. Strategiefähigkeit

Strategiefähigkeit umfasst die Fähigkeit, eine zusammenhängende Gesamtvision zu entwickeln. Das schließt klar formulierte Ziele und einen Weg zur Erreichung dieser Ziele ein. Strategiefähigkeit ermöglicht Entscheidungen darüber, welche Digitalisierungsvorhaben angesichts begrenzter personeller und finanzieller Ressourcen Priorität genießen und welche nicht.

2. Durchsetzungsstärke

Durchsetzungsstärke setzt sich aus harten und weichen Faktoren zusammen: aus der Fähigkeit, verbindlich zu agieren, aus der Steuerungsfähigkeit oder der Kraft zur Überzeugung. Verbindlichkeit entsteht aus der Beantwortung der Fragen: „Wer steuert? Wer setzt um?“. Steuerungsfähigkeit entsteht primär aus Richtlinienkompetenz und der Kontrolle über die finanziellen Ressourcen. Hinzu kommt die weiche Fähigkeit, alle Beteiligten von der Richtigkeit, insbesondere aber auch der beiderseitigen Vorteilhaftigkeit eines gemeinsamen Vorgehens zu überzeugen.

3. Ressourcen

Für die Gestaltung der Digitalisierung müssen Ressourcen bereitgestellt werden – Sach- und Personalmittel ebenso wie (IT-)Fachexpertise und Querschnittskompetenzen in der Breite. Die Verteilung von Ressourcen ist zentraler Gegenstand politischer Diskussionen, da sie in der Regel ein knappes Gut sind.

4. Sichtbarkeit

Sichtbarkeit stützt die drei vorgenannten Aspekte, indem sie nach innen und außen die strategischen Schwerpunkte und Ziele, die Verantwortlichkeiten und die dafür zur Verfügung gestellten Mittel transparent macht. Sichtbarkeit und Transparenz schaffen aber auch eine politische Fallhöhe und Erfolgsorientierung, etwa dann, wenn auf ein Scheitern große negative Aufmerksamkeit folgt.

Die Gestaltung der Digitalisierung braucht mehr als ein eigenes Ministerium

Die neue Bundesregierung hat die zentrale Aufgabe, die Digitalisierung in vielen Politikfeldern voranzutreiben. Mit einem neuen Ministerium allein ist es nicht getan. Es muss vielmehr abgewogen werden, welche Schwerpunkte und Ziele in der kommenden Legislaturperiode (und darüber hinaus) priorisiert werden und welche nicht (Strategiefähigkeit). Die neue Bundesregierung muss klären, wer die Steuerung übernimmt und die Durchsetzungsfähigkeit sicherstellt. Klassische Steuerungsinstrumente über Richtlinienkompetenz oder Finanzmittel würden eine führende Rolle des Bundeskanzleramts oder des Finanzministeriums nahelegen.

Mit dem Vorschlag eines eigenständigen Digitalisierungsministeriums geht vor allem der Wunsch einher, Ressourcen zu bündeln und mehr Sichtbarkeit, insbesondere nach außen, herzustellen. Auf diese Weise sollen Prozesse verschlankt und beschleunigt werden. Gleichzeitig kann die Gestaltung der digitalen Transformation nicht von der Fachlichkeit entkoppelt werden. Eine stärkere Zentralisierung in einem Ressort würde somit eine Verschiebung personeller und finanzieller Ressourcen aus anderen Ressorts nach sich ziehen. Ressourcen und Kompetenzen würden einerseits gebündelt, andererseits in der notwendigen Breite reduziert.

Die Entscheidung für oder gegen ein eigenständiges Ministerium ist keine Entscheidung für oder gegen die Gestaltung der digitalen Transformation. Sie ist ein politischer Abwägungsprozess. Für die Bearbeitung von Querschnittsthemen wie der Digitalisierung – und das gilt auch für die derzeitige Debatte um ein Klimaschutzministerium – gibt es mehrere mögliche Organisationsformen: vom Bundeskanzleramt über eine Abteilung in einem Fachressort bis hin zu einem eigenständigen Ressort. Die Entscheidung erfordert einen **verbindlichen Konsens der an der Regierung beteiligten Akteurinnen und Akteure und eine entsprechende Mandatierung für die Gestaltung dieses Querschnittsthemas**. Die Klärung der damit verbundenen Fragen stellt sich nicht nur auf Bundesebene, sondern auch in den Ländern und Kommunen. _



Matthias Canzler, Berlin
matthias.canzler@prognos.com

Matthias Canzler ist Projektleiter im Bereich der Managementberatung bei Prognos. In verschiedenen Projekten zur Verwaltungsdigitalisierung und der digitalen Daseinsvorsorge befasst er sich auch mit der Frage, wie die Verantwortung für die Gestaltung der digitalen Transformation am besten zu organisieren ist. Bei der Recherche für diesen Text entspannen sich darüber zahlreiche Diskussionen mit Kolleginnen und Kollegen anderer Fachbereiche.

Eine gute Idee

Ältere unterstützen – Jungen Chancen eröffnen

Die Deutschen werden immer älter und selbst der Alltag kann plötzlich zur Herausforderung werden. Es drohen Vereinsamung und zunehmende gesundheitliche Einschränkungen. Das ist die eine Seite. Auf der anderen Seite gibt es eine Gruppe junger Menschen, denen es mit ihren individuellen Stärken und Schwächen schwerfällt, in der professionalisierten Arbeitswelt eine Ausbildung zu finden. Sie wünschen sich einen zu ihren Kompetenzen und Interessen passenden, sinnvollen Beruf, mit dem sie ihren Lebensunterhalt auf Dauer verdienen können.

Die Idee: Jungen Menschen Berufschancen eröffnen, indem sie ältere Menschen unterstützen und betreuen. Dabei kann nach dem aus der Behindertenhilfe stammenden Konzept des „Job Carving“ zur individuellen Gestaltung von Arbeitsplätzen vorgegangen werden. Verschiedene unterstützende Tätigkeiten (z. B. Hilfe beim Einkaufen, bei der Alltagsgestaltung, bei der Gesundheitsförderung) werden zu neuen Tätigkeitsprofilen „zurechtgeschnitzt“ – so die Übersetzung.

Das kann die Politik tun: Die Erschließung des Berufsfelds bundeseinheitlich koordinieren und die Finanzierungsgrundlage für Unterstützungs- und Betreuungsleistungen daraufhin erweitern. Es profitieren beide – die älteren Menschen durch eine höhere Lebensqualität und die jüngeren Menschen durch eine attraktive Berufstätigkeit. _



← **Laura Sulzer, Freiburg**
laura.sulzer@prognos.com

Laura Sulzer arbeitet seit 2016 bei Prognos und ist Projektleiterin im Bereich Gesundheit und Pflege. Dieser Beitrag entstammt einem Gedankenaustausch mit Prognos-Kollege Jakob Maetzel, der sich seit vielen Jahren mit dem Thema Inklusion auseinandersetzt.

Programmatisch: NextGenerationEU



Als Reaktion auf die durch die Coronavirus-Pandemie verursachte Wirtschaftskrise hat sich die Europäische Union auf ihr zentrales Transformationsprogramm geeinigt: NextGenerationEU (NGEU). NGEU ist mehr als nur ein Wiederaufbauplan. Das Programm soll die immense Herausforderung durch das Coronavirus in eine Gelegenheit verwandeln, die der EU hilft, gestärkt aus der Pandemie hervorzutreten. Auf diese Weise stellt NGEU die Vision der EU für die nächste Generation dar: ein grüneres, digitaleres, gesünderes, wirtschaftlich stärkeres und gleichberechtigteres Europa.

Aus finanzieller Sicht fungiert NGEU als temporäres Konjunkturinstrument, das mit mehr als 800 Milliarden Euro ausgestattet ist und zusammen mit dem langfristigen EU-Haushalt (mehrjähriger Finanzrahmen 2021–2027: 1,2 Billionen Euro) das größte jemals in der EU finanzierte Konjunkturpaket darstellt. Auch die Art und Weise, wie NGEU finanziert wird, ist bislang einmalig, da die Europäische Kommission erstmals eigenständig bis zu 800 Milliarden Euro Schulden an den Kapitalmärkten aufnehmen wird, die bis 2058 zurückgezahlt werden müssen (z.B. durch den vorgeschlagenen CO₂-Grenzausgleichsmechanismus). Ausgestattet mit 90 Prozent der Mittel ist die Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) das Herzstück von NGEU. Sie dient dazu, Darlehen und Zuschüsse zur Unterstützung von Reformen und Investitionen in EU-Ländern bereitzustellen. Diese Fonds zielen darauf ab, den doppelten Wandel (grün und digital) zu beschleunigen, der durch den europäischen Green Deal und Europas Digitale Dekade vorangetrieben wird.

Was bedeutet das für Deutschland und die neue Bundesregierung? Es liegt auf der Hand, dass der Erfolg von NGEU die absehbare Zukunft Europas entscheidend prägen wird. Als Exportführer innerhalb der EU hat Deutschland ein besonderes Interesse daran, dass sich Europa schnell erholt und eine wirtschaftlich wettbewerbsfähige Union bleibt, die den (globalen) digitalen und grünen Wandel anführt. Einfach gesagt gilt: Wenn NGEU gelingt, dann profitiert auch Deutschland. Finanziell gesehen erhält Deutschland rund 25 Milliarden Euro aus dem ARF (zum Vergleich: Italien erhält fast 69 Milliarden Euro an Zuschüssen), die es entsprechend den im deutschen Aufbau- und Resilienzplan dargelegten Initiativen verwenden wird. Die sechs Schwerpunkte lauten:

1. Klimapolitik und Energiewende
2. Digitalisierung der Wirtschaft und Infrastruktur
3. Digitalisierung der Bildung
4. Stärkung der sozialen Teilhabe
5. Stärkung eines pandemieresilienten Gesundheitssystems
6. moderne Verwaltung und Abbau von Investitionshemmnissen

Diese Ziele, insbesondere im Hinblick auf Investitionen in Klimaschutz und Digitalisierung, werden auch im Konjunkturprogramm der Bundesregierung priorisiert. Insofern muss ein Schwerpunkt für die neue Bundesregierung lauten: Additionalität statt Ersetzen. Die ersten Anzeichen stimmen allerdings nicht optimistisch. Gelder aus dem Fonds für einen gerechten Übergang („Just Transition Fund“ – mitfinanziert durch NGEU) haben die bereits zugesagten Bundesmittel für die Kohleregionen nicht aufgestockt, sondern weitestgehend ersetzt. Mit Blick auf die Zukunft gilt daher: Die neue Bundesregierung muss sich verstärkt auf die Komplementarität zwischen NGEU und dem bestehenden Konjunkturprogramm konzentrieren. Sie muss sicherstellen, dass die Synergien zwischen regionalen, nationalen und EU-Investitionen bestmöglich gefördert werden. Zu tun gibt es genug, auch in Deutschland. Das hat die Coronavirus-Pandemie eindrücklich gezeigt. —



← **Neysan Khabirpour, Brüssel**
neysan.khabirpour@prognos.com

Neysan Khabirpour ist Berater im Brüsseler Büro von Prognos und beschäftigt sich mit einer Vielzahl von Themen, von der EU-Regionalpolitik bis zu Themen der sozioökonomischen Ungleichheit. In NextGenerationEU sieht er auch die Chance, eine gerechtere Zukunft zu gestalten. Das Programm verdiene es daher, genau analysiert zu werden.

Standpunkt

Neustart für die Familienpolitik



In den Hochphasen der Corona-Pandemie wurden Kindertagesstätten und Schulen geschlossen. Eltern und Kinder kamen an die Grenzen ihrer Belastbarkeit. Doch im politischen Raum fehlte ihnen eine Lobby. Erst auf öffentlichen Druck wurden die Interessen der Familien im sogenannten Corona-Kabinett der Bundesregierung gehört.

Die ökonomische und soziale Bedeutung der Familienpolitik ist unbestritten. Eine funktionierende Kinderbetreuung wird von der großen Mehrheit der Unternehmen als relevanter Produktivitätsfaktor gesehen. Kitas sind ein selbstverständlicher Schlüssel zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zur Umsetzung der gewünschten partnerschaftlichen Rollenaufteilung der Eltern. Sie sind Bildungsorte für die Kinder und für das Wohlergehen der Familien unerlässlich.

Doch Familienpolitik ist weit mehr als die Bereitstellung von Kinderbetreuung. Familienbezogene Leistungen wie das Elterngeld, der Kinderzuschlag für Familien mit kleinen Einkommen oder der Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende sichern die wirtschaftliche Stabilität der Familien. Sie setzen Anreize und eröffnen Chancen für eine eigenverantwortliche und moderne Lebensführung.

Prognos war vor rund zehn Jahren federführend an einer umfassenden Analyse der familienbezogenen Leistungen beteiligt. Neben positiven Ergebnissen hat diese Gesamtevaluation auch Handlungsbedarfe identifiziert. Die anschließenden Fortschritte erfolgten aber nur stockend. Leistungen wurden punktuell und jede für sich verbessert, historisch Gewachsenes fortgeführt. Der politische Wille für grundlegende Reformen fehlte, die Familienpolitik ist hinter ihren Möglichkeiten zurückgeblieben.

Mit Blick auf acht Millionen Familien mit mehr als 13 Millionen minderjährigen Kindern ist es deshalb Zeit für einen Neustart in der Familienpolitik:

- 1. Familienpolitische Leistungen müssen wirkungsorientiert sein:** Eine moderne Familienpolitik adressiert Familien in ihrer Heterogenität passgenau und setzt Anreize, die die Selbstbestimmung fördern. Etwa durch die Zusammenlegung von Kindergeld und Kinderzuschlag zu einem nach Einkommen gestaffelten Kindergeld. Das ist innovativ, denn es unterstützt alle Familien zuverlässig und wirksam mit einer Leistung. Richtig konzipiert erleichtert ein solches Kindergeld Familien mit kleinen Einkommen den sozialen Aufstieg durch Erwerbstätigkeit. Armutsrisiken werden reduziert.
- 2. Familienpolitische Leistungen müssen die Familien erreichen:** Eine moderne Familienpolitik erhöht die Bekanntheit und Verständlichkeit der Leistungen und reduziert Nutzungshemmnisse. Dafür setzt sie stark auf digitale Informations-, Beratungs- und Antragswege.
- 3. Geldleistungen und Infrastruktur für Familien müssen als Investitionen verstanden werden:** Familien werden durch sie gestärkt und von dauerhaften Transferzahlungen unabhängig. Refinanzierungseffekte aus Beschäftigung, gelingenden Schulbiografien und sozialer Integration ermöglichen ein inklusives Wachstum. Das alles wirkt sich positiv auf die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen aus.

Eine Familienpolitik, die sich an diesen Leitsätzen orientiert, ist auf der Höhe der Zeit und begleitet den gesellschaftlichen Wandel wirksam. Sie stößt auf breite Akzeptanz in der Bevölkerung, weil sie moderne Familienbilder effektiv unterstützt. Und sie gewinnt wieder die politische Bedeutung in der Bundesregierung, die sie vor einigen Jahren schon einmal hatte. Dann werden auch die Belange der Familien in Deutschland wieder besser berücksichtigt werden – in Pandemiezeiten und darüber hinaus. _



Dr. David Juncke, Düsseldorf
david.juncke@prognos.com

Dr. David Juncke leitet bei Prognos den Beratungsbereich Familienpolitik. Als Vater von zwei Grundschulkindern erlebt er konkret, welchen Einfluss Politik auf Familien hat – von der Elternzeit über Kindertagesbetreuung bis hin zu den Auswirkungen der Schulschließungen im Rahmen der Pandemiebekämpfung.



Mehr zum Thema:
www.prognos.com/de/familienbildung-familienberatung

Blick in die Projekte

Machbarkeitsstudie für Innovationszentrum Wasserstoff

Prognos wurde im Juni 2021 vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) beauftragt, die Machbarkeit eines Innovations- und Technologiezentrums für Wasserstoff (ITZ) zu untersuchen. Ein solches Zentrum ist Teil der Maßnahmen zur Nationalen Wasserstoffstrategie und soll u. a. als Test- und Standardisierungseinrichtung Start-ups und kleine sowie mittelständige Unternehmen stärken. Das BMVI hat inzwischen auf Basis der Begutachtung durch Prognos entschieden, dass Chemnitz, Duisburg, Pfeffenhausen und das Cluster Bremen/Bremerhaven-Hamburg-Stade Standorte für das ITZ werden sollen. Prognos wird die Standorte nun begleiten, um die Machbarkeitsstudie zu erstellen und die Planung zu konkretisieren.

Auftraggeber:

Bundesministerium für Verkehr
und digitale Infrastruktur (BMVI)

Kontakt:

Marion Neumann, Jens Hobohm
marion.neumann@prognos.com

Gerechter Übergang in ein klimaneutrales Europa

Der Übergang zu einer nachhaltigen und klimaneutralen Wirtschaft wird überall in Europa erhebliche Investitionen erfordern. Die „Plattform für einen gerechten Übergang“ soll den Ländern und Regionen der EU dabei helfen, sich die zur Verfügung stehende Unterstützung zu erschließen. Prognos wird bei der Entwicklung und Betreuung der Plattform unterstützen und dabei unter anderem eine Arbeitsgruppe zur Transformation der Chemischen Industrie koordinieren. Good-Practice-Beispiele werden identifiziert und bewertet, Projekterfolge begleitet und analysiert. Partner sind Ecorys, das Wuppertal Institut und ein Netzwerk von Expertinnen und Experten aus ganz Europa.

Auftraggeber:



Kontakt:

Aneta Sadlik
aneta.sadlik@prognos.com

Bedarf an Wasserstoff und Grünen Gasen steigt

Prognos begleitet seit mehreren Jahren die Fernleitungsnetzbetreiber Gas bei der Erstellung ihrer Netzentwicklungspläne Gas. Der Szenariorahmen 2022 wurde im Juni 2021 veröffentlicht und ist der erste Schritt auf dem Weg zum Netzentwicklungsplan Gas 2022–2032. Das Dokument definiert die Parameter, auf deren Basis die Gasflüsse in den kommenden zehn Jahren modelliert werden. Für die im Szenariorahmen dargestellte Wasserstoffvariante haben die Fernleitungsnetzbetreiber eine umfassende Marktabfrage durchgeführt. Mit 500 gemeldeten Projekten für Wasserstoff und Grüne Gase zeigt die Erhebung, wie wichtig es ist, Wasserstoff, Biomethan und synthetisches Methan in die Gasinfrastruktur zu integrieren.

Auftraggeber:



Kontakt:

Stefan Mellahn
stefan.mellahn@prognos.com

Evaluation von präventiven Leistungen der Pflegekassen nach § 5 SGB XI

Menschen jeden Alters verfügen selbst bei größeren körperlichen oder geistigen Beeinträchtigungen über Gesundheitspotenziale, die gefördert werden können. Am besten gelingt das, wenn Maßnahmen der Gesundheitsförderung und Prävention auf die Lebenswelt der Menschen ausgerichtet werden. In einem Leitfaden hat der GKV-Spitzenverband beschrieben, wie Pflegekassen die Prävention in stationären Pflegeeinrichtungen fördern sollen. Der Spitzenverband hat Prognos und die Fachhochschule Münster beauftragt, die Leistungen der Pflegekassen zur Prävention in stationären Pflegeeinrichtungen zu untersuchen.

Auftraggeber:

GKV-Spitzenverband

Kontakt:

Sabrina Schmutz, Jakob Maetzel
sabrina.schmutz@prognos.com

Familien im Fokus

Im Kompetenzbüro Wirksame Familienpolitik des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erstellte Prognos gemeinsam mit dem Institut für Demoskopie Allensbach den **43. Monitor Familienforschung**. Im Fokus: die Lebenssituation getrenntlebender Eltern. Die Ergebnisse verdeutlichen, wie verschieden und veränderlich die Lebenssituationen getrenntlebender Eltern sind. Große Unterschiede gibt es etwa darin, wie die Verantwortung für die gemeinsamen Kinder wahrgenommen wird, oder im Verhältnis von Kindern zu ihren Eltern. Es zeigte sich auch, dass sich die Aufgaben nach der Trennung dann besonders einvernehmlich verteilen, wenn bereits vor der Familiengründung ein partnerschaftliches Rollenbild gelebt wurde.

Eine weitere Studie von Prognos für das Bundesfamilienministerium kommt zu dem Ergebnis, dass die Coronavirus-Pandemie in zahlreichen Unternehmen nicht nur zum Ausbau von Homeoffice und Co. führte, sondern auch einen Wandel der Unternehmenskultur befördert hat. Viele Unternehmen haben eine verlässliche Kinderbetreuung als Produktivitätsfaktor erkannt. Zudem verdeutlichte die Pandemie, dass Väter ebenso wie Mütter Anforderungen an ihre Vereinbarkeit von Familie und Beruf haben. Mit Blick auf den Fachkräftemangel wird klar, dass Investitionen in ein betriebliches Familienbewusstsein Teil des betrieblichen Risikomanagements sein sollten.

Auftraggeber:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Kontakt:

Jan Braukmann
jan.braukmann@prognos.com

Dr. Dagmar Weßler-Poßberg,
Dr. David Juncke
david.juncke@prognos.com

Entwicklung der Wirtschaft in Deutschland und Bayern bis 2040

Die Covid-19-Pandemie verursachte 2020 in nahezu allen Ländern weltweit eine Rezession. Insgesamt schrumpfte das weltweite Bruttoinlandsprodukt um 2,7 Prozent. Eine Studie zur künftigen Entwicklung der Wirtschaft in Deutschland, Bayern und der Welt im Auftrag der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. zeigt: Die Weltwirtschaft erholt sich bereits 2021 mit einem Plus von 5,2 Prozent deutlich. Ein Grund: Die Rezession ist nicht durch strukturelle Ungleichgewichte entstanden, sondern durch einen exogenen Schock. Bis 2040 wird die deutsche Volkswirtschaft in einem moderaten Tempo von durchschnittlich 1,1 Prozent pro Jahr wachsen, Bayerns Wirtschaft um 1,2 Prozent. Die Ergebnisse der Studie bereitete Prognos für die vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. in einem zukunftsweisenden digitalen Format auf, das den Mitgliedern per Link zur Verfügung steht.

Auftraggeber:



Kontakt:

Dr. Oliver Ehrentraut
oliver.ehrentraut@prognos.com

Rucksack voller Kultur

Mit 28 Pilotkonzepten in 55 nordrhein-westfälischen Städten und Gemeinden startete 2012 der Kulturrucksack NRW – ein Förderprogramm zur Stärkung der kulturellen Teilhabe von Kindern und Jugendlichen zwischen zehn und 14 Jahren. Mit kostenlosen oder deutlich kostenreduzierten kulturellen Angeboten in Museen, Theatern, Jugendzentren und anderen Kultureinrichtungen schafft das Programm Anreize, um das Interesse junger Menschen für Kulturangebote nachhaltig zu wecken. Die Zahl der Kommunen, die sich am Projekt beteiligen, ist inzwischen auf 238 gestiegen. Prognos evaluiert nun schon zum zweiten Mal das Programm im Auftrag des nordrhein-westfälischen Kulturministeriums. Dabei berücksichtigen die Expertinnen und Experten die Sichtweisen aller am Programm Beteiligten. Besonderes Gewicht wird natürlich auch darauf gelegt, ob und wie die Angebote von den Kindern angenommen werden und sie ermuntern, nachhaltig Kultur zu erleben.

Auftraggeber:



Die Landesregierung
Nordrhein-Westfalen



Kontakt:

Klaudia Lehmann, Sören Mohr
soeren.mohr@prognos.com

EU-Förderprogramme auf dem Prüfstand

Hat sich die Wirksamkeit öffentlicher Innovationsunterstützung in der EU seit 2009 verbessert? Mit dieser Frage beschäftigte sich eine Studie unter Beteiligung der Prognos AG im Auftrag der Generaldirektion Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU der Europäischen Kommission (DG GROW). Dabei nahm die Studie eine breite Palette von EU-Förderinstrumenten für KMU unter die Lupe. Insgesamt zeigte sich die große Mehrheit der KMU (85%) mit der öffentlichen Unterstützung zufriedener als noch 2009 (47%). Zu den Projektpartnern gehören neben Prognos das Centre for Strategy & Evaluation Services, das Centre for Industrial Studies und KMU Forschung.

Auftraggeber:



Kontakt:

Dr. Jan-Philipp Kramer
jan.kramer@prognos.com

Wirtschaftsstudie der Region Aachen 2020

Forschung auf höchstem Niveau, die Entwicklung neuer Technologien und Dienstleistungen sowie ihre Umsetzung in marktreife und nachhaltige Produkte und Verfahren bestimmen maßgeblich den Erfolg der Wirtschaftsregion Aachen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Analyse im Auftrag der Region Aachen. Prognos-Expertinnen und -Experten haben auf der Basis einer systematischen Analyse der Ausgangsbedingungen der regionalen Wirtschaft die regionalen Leitmärkte, deren Perspektiven und Cross-Innovation-Potenziale herausgearbeitet: Informations- und Kommunikationswirtschaft, Bildung und Forschung, Produktionstechnik und Werkstoffe, Mobilität und Logistik, Energie-, Wasser- und Abfallwirtschaft sowie Gesundheitswirtschaft und Lifesciences – sind die sechs prägenden Leitmärkte für die Region Aachen.

Auftraggeber:



Kontakt:

Dr. Olaf Arndt
olaf.arndt@prognos.com

Ad-hoc-Abschätzung für das BMWi

In einer dekarbonisierten Energieversorgung ersetzt Strom zunehmend fossile Brennstoffe und Treibstoffe. Mit einer ersten Ad-hoc-Abschätzung untersuchte ein Prognos-Team, wie sich der Bruttostromverbrauch in Deutschland bis zum Jahr 2030 unter der Prämisse des verschärften Treibhausgasreduktionsziels entwickelt. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier stellte am 13. Juli 2021 die ersten Berechnungen aus dem Szenario vor. Die Reduktion der Treibhausgase um 65 Prozent gegenüber 1990 dürfte demnach mit einem deutlichen Anstieg des Bruttostromverbrauchs verbunden sein. Gedämpft wird dieser durch Effizienz, Struktureffekte und den verringerten Kraftwerkseigenverbrauch.

Auftraggeber:

Bundesministerium für
Wirtschaft und Energie

Kontakt:

Dr. Andreas Kemmler
andreas.kemmler@prognos.com

Digitale Hochschulbildung

Für das Bundesministerium für Bildung und Forschung evaluiert Prognos die Aktivitäten im Förderschwerpunkt „Digitale Hochschulbildung“. Das Ministerium fördert seit 2017 Vorhaben zur Erforschung der Nutzungspotenziale der Digitalisierung in der Hochschulbildung. Ziele sind, generalisierbare Erkenntnisse und abgesichertes Wissen bezüglich der Umsetzung digitaler Lehre sowie zu förderlichen Infrastrukturen und geeigneten Organisationsformen zu generieren. Die begleitende Evaluation fokussiert auf Fragen der Zielerreichung, Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit und analysiert Erfolgsfaktoren und Anknüpfungspunkte für die Weiterentwicklung der Förderaktivitäten.

Auftraggeber:



Kontakt:

Susanne Heinzelmänn
susanne.heinzelmänn@prognos.com



Der trendletter digital .

trendletter.prognos.com/de/



Wir geben Orientierung .

prognos.com

